

b unabhängige **auernstimme**



Innovativ sein – auf dem Acker, im Stall und bei der GAP



Klimawandel stoppen, Trecker auf der Demo in Köln



Warum es wichtig ist im Januar nach Berlin zu fahren

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

WIR HABEN ES SATT!
ESSEN IST POLITISCH!
19.1. 2019
DEMO
12 UHR BERLIN
BRANDENBURGER TOR

GUTES ESSEN FÜR ALLE – REGIONAL, SAISONAL & KLIMAGERECHT!

UNSERE DEMO IST KEIN ORT FÜR NAZIS UND RASSISTEN. NEIN ZUR DIFFAMIERUNG VON BÄUERINNEN UND BAUERN.

Auf die Trecker!



Die Seite 3

Vor uns das Klimachaos.....3
Wir sägen gerade an dem Ast.....3



Agrarpolitik

Ohne Moos nix los.....4
EU will Finanzloch 2021 in Zweiter Säule verhindern.....4
Große Fische einhegen.....5



Bewegung

Auslauf-Modell mit Zukunft.....8
„Es bleibt nach wie vor nötig, nach Berlin zu fahren“.....10
Regionales Nyeleni-Treffen in Freiburg.....20



Märkte

Schweinepest aussperren.....7
Viele Rechte und kaum Pflichten.....14
Für wen arbeitest du?.....16
Abhängigkeiten durchbrechen, Rechtsverständnis schaffen...17



Schwerpunkt

Eine andere EU-Agrarpolitik ist möglich.....11
Bäuerliche Kriterien im Handel durchsetzen.....12
Geschlechtergleichheit - ein Thema, das für alle relevant ist...13



Zu Besuch bei Sebastian Klass und Peter Schmidt, Seite 9; Gentechnik, Seite 15; Hofportrait, Seite 18; Landleben, Seite 19, Lesen, Seite 21; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Das Herz der Bewegung

Als ich im Januar 2011 mit einer Freundin nachts durch die nasskalten Berliner Straßen zog, um für die erste „Wir haben es satt!“-Demonstration Plakate zu kleben, war noch niemanden klar, wie sich dieser Versuch, eine agrarpolitische Großdemonstration zu veranstalten, entwickeln würde. Die Botschaften auf den Postern waren schon damals deutlich: „Für eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft, gegen Gentechnik, Dumpingexporte und Tierfabriken!“ Da ich in der jungen AbL aktiv war, wusste ich, dass auch einige Bäuerinnen und Bauern den Weg mit ihren Traktoren nach Berlin auf sich nehmen würden. Sie sollten den städtischen Demozug anführen. Und das war gut so. Denn schon damals war klar, die Bäuerinnen und Bauern sind das Herzstück dieser Demonstration. Sollten sie nicht kommen, würde es uns nicht gelingen, eine authentische Bewegung für Veränderungen in der Landwirtschaft und Agrarpolitik aufzubauen.

Die Bäuerinnen und Bauern sind gekommen und die „Wir haben Agrarindustrie satt!“-Demonstration hat sich zu einer vielfältigen und ausdauernden Bewegung entwickelt. Am 19.01.2019 rufen wir zur neunten Demo auf, nah dran am Jubiläum – das ist bemerkenswert und macht mich stolz. Einiges ist über die Jahre professioneller geworden. Der Treckersammelpunkt am Vorabend der Demo auf dem StadtGut Blankenfelde gleicht nicht mehr einer zugigen Ruine, das nun beheizbare Demoorganisationsbüro ist zentral in Berlin Mitte gelegen und auch das nächtliche Plakate kleben müssen wir nicht mehr komplett selbst in die Hand nehmen. Und trotzdem stelle ich mir regelmäßig die Frage, warum wir das alles jeden Winter erneut auf uns nehmen? Dann schaue ich mich um und stelle fest, dass die Diskussion um die Zukunft unserer Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in allen Bereichen des Lebens in vollem Gange ist. Über unsere Bildschirme flimmern die Stalleinbruchsbilder der selbsternannten Tierrechtler genauso wie spannenden Reportagen über Existenzgründer in der Landwirtschaft. Der Handel interessiert sich auf einmal für Tierwohl und immer mehr Menschen suchen nach handwerklich produzierten Lebensmitteln. Bäuerinnen und Bauern sind bereit für Veränderungen auf dem Acker und im Stall. Die Politik scheint sich von all dem wenig berühren zu lassen. Geradezu stoisch verweigert sie jede Form von Veränderung – und das nach diesem Hitzesommer, in dem die Landwirte zum einen als Mitverursacher an den Pranger gestellt wurden und gleichzeitig sind sie in ihrem täglichen Handeln am stärksten mit den extremen Witterungen konfrontiert. Es scheint nichts naheliegender, als unser Landwirtschaftssystem, aber auch unsere Ernährungsgewohnheiten genauer anzuschauen und hier nach klimaschonenden Lösungen zu suchen, statt sich auf das Lindern von Symptomen zu beschränken.

Klar ist, dass viele Menschen zum Thema Landwirtschaft etwas beizutragen haben und jeder hat seine eigene Wahrheit. Es gibt gute Ideen, aber auch viel skurrile, praxisferne Vorschläge. Trotzdem: der Wunsch der Gesellschaft nach einer gesunden Ernährung, der Förderung regionaler Strukturen und einer artgerechten Tierhaltung ist da. Jetzt muss es darum gehen alle Ansätze zusammen zu bringen und die Bäuerinnen und Bauern bei den anstehenden Veränderungen mitzunehmen. Die AbL macht mit ihrem Punktesystem zur bevorstehenden EU-Agrarreform einen konkreten Vorschlag, wie ein gesellschaftlich akzeptierter Weg für eine bäuerliche Landwirtschaft mit mehr Ökologie und mehr artgerechterer Tierhaltung angegangen werden kann. Nun kommt es auf die Politik an, diese Vorschläge aufzugreifen und gemeinsam mit der Landwirtschaft und dem Handel praxistaugliche Lösungen zu erarbeiten und politische Anreize zu setzen. Mit der bevorstehenden EU Agrarreform liegt eine große Chance greifbar nahe.

Deshalb ist es auch im neunten Jahr in Folge wieder wichtig, dass vor allem die Bäuerinnen und Bauern das Bündnis „Meine Landwirtschaft“ als wertvollen Partner ansehen und sich auch auf der Straße für eine bäuerliche, ökologischere Landwirtschaft stark machen. Nicht zuletzt auch deswegen, weil es gerade in Zeiten des Erstarkens rechter Strömungen von besonderer Bedeutung ist, in Bündnissen wie dem unseren ein Zeichen des „Wir“ anstatt des „Ich“ zu setzen, auch international! Lasst uns keine Berührungängste haben, sondern bereit sein für gemeinsame Veränderung: Kommt mit euren Traktoren am 19. Januar 2019 nach Berlin!

*Regine Hollob,
stellvertretende Leitung Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und AbL-Mitglied*

Vor uns das Klimachaos!

Auf die Klimakonferenzen dürfen wir uns nicht verlassen

Es gibt nichts zu beschönigen, die Klimawissenschaftler der Welt sagen es uns seit mehr als 10 Jahren, die Klimagasemissionen müssen radikal gesenkt werden. Laut Sonderbericht des Weltklimarates vom Oktober 2018 sind + 1.5 Grad das äußerste was wir hinnehmen dürfen, wenn wir ökologisch aber auch ökonomisch überleben wollen. Über 1.5 Grad kann es schon sein, dass Kippunkte das ganze wunderbare Klimasystem kollabieren lassen, das ist dann die Klimakatastrophe mit den von der ehemaligen „Klimakanzlerin“ Merkel vor etwa 10 Jahren vorhergesagten verheerenden Folgen für Ökosysteme und die Menschheit. Das bedeutet für uns als zu allererst und am stär-

ksten betroffene Branche das wir alles daran setzen müssen, die Politiker zu echtem und radikalem Klimaschutz zu bewegen. Es ist ein Klimaverbrechen im Wahlkampf die Reduzierung der Klimagasemissionen um 40% bis 2020 zu versprechen und dann nur gut 30% zu realisieren, aber die 55% für 2030 auf jeden Fall einhalten zu wollen. Für uns Bäuerinnen und Bauern geht es um alles, um die Fruchtbarkeit unserer Böden, um die Zukunft unserer Höfe und Wälder, um die Frage, ob wir die Menschen überhaupt noch werden ernähren können, ob unsere Lebensgrundlagen gesichert und ein gutes Leben noch möglich sein wird. Oder darum, ob die Menschheit es mit einem humanitären

Desaster, mit Verteilungskämpfen und Hungersnöten zu tun bekommt. Auf der gerade beendeten UN-Klimakonferenz im polnischen Kattowice konnte das Ende der globalen Klimadiplomatie verhindert werden, die Ergebnisse jedoch sind nach wie vor völlig unzureichend. Immerhin wurde ein Regelbuch verfasst, was das Pariser Klimaabkommen konkretisiert und zumindest theoretisch alle Länder auf ein einheitliches Vorgehen verpflichtet. Die Klimakonferenzen sind notwendig, um immer wieder alle an einen Tisch zu holen, aber leider nicht wirksam genug, um den Klimadampfer abzubremsen, der im Nebel auf den Eisberg zufährt. Wir sollten jetzt auf allen Ebenen und un-

missverständlich die Einhaltung der Klimaziele, eine CO2 Steuer und ein Klimagesetz einfordern. Immerhin gibt es genau darum, jetzt nach Kattowice in der deutschen Politik wieder eine Debatte. Aber es braucht mehr als Debatten und Appelle, es braucht neben den Klimaklagen vor Gerichten auch den Widerstand von Bäuerinnen und Bauern weltweit gegen die Untätigkeit der Politik.

Ulf Allhoff-Cramer,

Bauer in Detmold

www.klimaappell-bauernverbaende.de

Wir sägen gerade an dem Ast, ...

... auf dem wir alle sitzen – darum mit dem Trecker zur Klimademo

Eine kurze WhatsApp, ein kleines Telefonat und schon sind wir – meine Kollegen von der AbL und ich – im südlichen NRW mit den Schleppern unterwegs. Unser Ziel ist eine Demonstration in Köln gegen das weitere Betreiben von Kohlekraftwerken. Zum Glück sind wir nicht allein. Bereits Anfang Oktober haben wir uns mit ca. 15 Landwirtinnen und Landwirten aus unterschiedlichen Organisationen am Hambacher Forst getroffen. Gemeinsam konnten wir dort mit unseren schilderbehangenen Schleppern ein Zeichen für den Klimaschutz setzen. Ein Jungbauer aus dieser Gruppe, Julius, und seine Schwester haben im Vorfeld ihre Kollegen aus der Berufsschule in Kleve angesprochen und sogar in einem Rundbrief für ein Mitmachen bei der Demonstration geworben. Die Demo für den Erhalt des Hambacher Forsts am 6. Oktober 2018 wurde auch dank ihres Einsatzes mit letztendlich 50.000 Demonstranten ein voller Erfolg. Ähnlich erfolgreich verlief wenige Monate später die Demo in Köln am 1. Dezember. Es ist einfach toll zu sehen, wie viele Gedanken sich unsere Mitdemonstranten zum Thema Klima machten und wie sie sie dann punktgenau auf der Demo umsetzten. Die Demo in Köln war riesig, bunt und voller Leben. Wir Bauern durften mit unseren Schleppern vorne den Demonstrationzug anführen. Unsere Präsenz war wichtig,



Klimademo in Köln, zeitgleich wurde auch in Berlin demonstriert

Foto: Volling

schließlich erwartet man einfach, dass wir Landwirte da sind und aktiv mitdemonstrieren, wenn es um die Natur und die Sicherstellung einer Lebensgrundlage geht. Es ist ein wahnsinnig erhebendes Gefühl, wenn man auf die Bühne gebeten wird und als Teil der Klimabewegung wahrgenommen wird. Bei der ganzen Brisanz um den Klimawandel müssen wir umgehend aktiv werden – uns läuft einfach die Zeit davon. Jeder sollte sich an seine eigene Nase fassen und sein „Tun“, sein „Wirken“ hinterfragen. Warum werden Nahrungsmittel rund um den Glo-

bus transportiert, wenn doch die Natur uns genau vor der Haustür mit Lebensmitteln versorgen kann, die dem hiesigen Klima angepasst sind? Aus welchen Gründen werden die Umweltbelastung und deren Kosten für den Transport (Schiff, Flugzeug, Bahn und LKW) nicht dem Produkt zugerechnet? Zynisch könnte man meinen, dass dieses Ausbleiben eines belastungsabhängigen Preises besonders Großkonzernen zugutekommt. Schließlich können mithilfe des Druckes auf Produzenten, besonders günstig für den Weltmarkt produzieren zu müssen, die

Kosten für ein Produkt gering und die Gewinnmarge des Konzerns hoch gehalten werden. Wir sollten vielmehr auf eine gesunde Kreislaufwirtschaft vor Ort setzen, den Humus im Boden aufbauen, einhergehend mit einem aktiven CO2-Speicher, der zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit beiträgt. Wir brauchen Humus, der große Mengen an Regen speichern kann und bei Bedarf den Pflanzen zur Verfügung stellt. Die Agrarindustrie in ihrer bisherigen Form kann das nicht leisten. In Europa werden Energie-, in Südamerika Proteinpflanzen angebaut, mit all ihren negativen Folgen für die Umwelt und die Bevölkerung vor Ort. Wir werden zu Sklaven der industriellen Produktion. Wo bleibt die biologische, regionale und globale Vielfalt, wenn wir nur noch Monokulturen vorfinden? Was passiert mit unserem Bodenleben? Unsere Insektenpopulation ist schon stark geschwächt. Wo ist das artenreiche Grünland? Heizt das agrarindustrielle System den Klimawandel an? Warum schauen wir mit sehendem Auge dem kommenden Klimawandel untätig zu? Es wird höchste Zeit, dass wir tatkräftig für uns, aber vor allem für die kommenden Generationen, den Klimawandel stoppen! Für dieses Ziel brauchen wir jeden Menschen weltweit!

Rudi Schwammborn,

AbL-Bauer im Rheinland

Ohne Moos nix los

EU-Agrarreform verzögert sich - Regierungschefs wollen erst Ende 2019 über mehrjährigen EU-Finanzrahmen beschließen

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben am 13. Dezember klargemacht, dass sie sich über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für die Jahre 2021-2027 nicht mehr vor den Wahlen zum Europäischen Parlament (23.-26.05.2019) einigen werden. Eine Einigung im Rat soll nun bis Oktober 2019 erreicht werden. Damit das klappt, fordert die EU-Kommission „größtmögliche Fortschritte“ in Detailfragen bis zum Gipfeltreffen am 9. Mai im rumänischen Sibiu. Ende 2019 soll dann noch schnell das neu gewählte Europäische Parlament zustimmen, schreibt Haushaltskommissar Günther Oettinger.

Freiwillige Deckelung

Zu den „größtmöglichen Fortschritten“ im Detail gehören auch wichtige Punkte aus der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Dazu zählt z.B. die Frage, ob die von der EU-Kommission vorgeschlagene EU-weit verpflichtende Deckelung und Degressivität der Direktzahlungen großer Betriebe doch nur freiwillig von den Mitgliedstaaten eingeführt werden soll, wie es die Bundesregierung fordert. Der entsprechende Passus ist in der Ver-

handlungsbox des Allgemeinen Rates in eckige Klammern gesetzt, ist also zwischen den Außenministern der Mitgliedstaaten noch nicht geeint. Ja, darüber verhandeln nun die Außenminister, nicht mehr die Agrarminister. Das gilt auch für die Frage, ob die spezifischen Direktzahlungen für Umweltmaßnahmen (Öko-Regelungen in der 1. Säule) von so einer Kappung oder Degression ausgenommen werden.

Ebenso verhandeln die Außenminister über die Möglichkeiten zur Umschichtung von Direktzahlungen in die Zweite Säule. Hier sieht die Verhandlungsbox – wie von der EU-Kommission vorgeschlagen – zwei Tranchen zur Umschichtung vor: einmal bis zu [15 Prozent] der Direktzahlungen für die Zweite Säule insgesamt und zusätzlich weitere bis zu [15 Prozent] ausschließlich für Maßnahmen „zur Erreichung spezifischer umwelt- und klimabezogener Ziele“. Die eckigen Klammern um die Prozentzahlen zeigen weiteren Verhandlungsbedarf. Auch umgekehrt gibt es die Möglichkeit einer Umschichtung, die bisher besonders von osteuropäischen Mitgliedstaaten genutzt wird. In der Verhandlungsbox gibt es nun einen „eckigen“ Vorschlag,

wonach Gelder aus der Zweiten Säule in die Zweite Säule für Direktzahlungen nur dann umgeschichtet werden dürfen, wenn sie dort für die neuen „Öko-Regelungen“ (Eco-Schemes) eingesetzt werden – auch das ist noch Verhandlungssache. Schließlich ist auch die Angleichung der Direktzahlungshöhen zwischen den Mitgliedstaaten (externe Konvergenz) zwischen den Außenministern ebenso strittig wie die Frage, ob es weiterhin eine Krisenreserve für Marktkrisenmaßnahmen geben und aus welchen Geldern sie gefüllt werden soll.

Umwelt- und Klimaschutz

Einigkeit besteht hingegen u.a. darin, dass in der neuen GAP „ein neues Umsetzungsmodell beide Säulen unter einem einzigen Planungsinstrument – dem Strategieplan für die GAP – zusammenführen und sicherstellen wird, dass die gemeinsamen Ziele auf EU-Ebene erreicht werden“. Die GAP werde „weiterhin der landwirtschaftlichen Bevölkerung einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen“. Sie werde auch den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere in vollem Umfang Rechnung tragen. Und die erste

Säule „wird – insbesondere durch eine neue Umweltarchitektur – zu einem größeren Ehrgeiz der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik beim Umwelt- und Klimaschutz beitragen“, steht in der Verhandlungsbox, das alles ganz ohne Klammern, aber auch ohne konkrete Festlegungen. Die bleiben weiterhin Sache der Agrarministerinnen und Agrarminister.

Die Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen ist Voraussetzung für eine Einigung im Agrarministerrat. EU-Agrarkommissar Phil Hogan hofft trotzdem, dass sowohl der Agrarministerrat als auch das Europäische Parlament bis April 2019 jeweils schon zu Beschlüssen über ihre Verhandlungspositionen kommen. Mindestens will er erreichen, dass die Mitgliedstaaten parallel schon mit den Vorbereitungen für ihren jeweiligen GAP-Strategieplan für beide Säulen beginnen, damit dann nach einer Einigung zwischen Rat und Parlament im Jahr 2020 nicht zu viel Zeit ins Land geht, bis die neue GAP für die Bauern tatsächlich beginnt.

Ulrich Jasper

EU will Finanzloch 2021 in Zweiter Säule verhindern

Deutschland kann dann Direktzahlungen auch 2020 umschichten

In Deutschland laufen die Bundesländer mit ihren Förderprogramme für Kulturlandschaft, Umwelt, Ökolandbau, Investitionen und benachteiligte Gebiete auf ein erhebliches Finanzloch zu. Denn nach der geltenden EU-Verordnung endet im Jahr 2019 die Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, bis zu 15 Prozent „ihrer“ EU-Direktzahlungen in diese Programme der Zweiten Säule (Förderung Ländlicher Entwicklung) umzuschichten. Direktzahlungen, die im Kalenderjahr 2019 umgeschichtet werden, stehen den besonderen Fördermaßnahmen im Haushaltsjahr 2020 (15.10.2019 bis 14.10.2020) zur Verfügung. Eine Umschichtung im Kalenderjahr 2020 für Maßnahmen im Haushaltsjahr 2021 ist bisher nicht möglich, so dass eine erhebliche Finanzlücke in den Förderprogrammen im Jahr 2021 droht. In Deutschland werden bisher jeweils 4,5 Prozent der Direktzahlungsmittel in

die Länderprogramme umgeschichtet. Das sind rund 225 Millionen Euro pro Jahr bzw. 16 Prozent der gesamten EU-Mittel für die zweite Säule in Deutschland. Ein Ausgleich durch Bundesmittel ist für viele Bundesländer unrealistisch. Denn während die Umschichtungsgelder nicht durch nationale Mittel ergänzt (kofinanziert) werden müssen, müssen die Länder bei Bundesmitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz und Agrarstruktur selbst 40 Prozent zuschießen. Zur Lösung hat die EU-Kommission nun einen Verordnungsentwurf vorgelegt und bittet Agrarministerrat und Europäisches Parlament, diese Verordnung im Schnelldurchgang bis März 2019 zu beschließen. Die Mitgliedstaaten würden damit das Recht bekommen, auch im Kalenderjahr 2020 bis zu 15 Prozent der Direktzahlungen für Fördermaßnahmen der zweiten Säule im Haushaltsjahr 2021 umzuschichten.



Ein solcher Beschluss muss der Kommission bis zum 31.12.2019 mitgeteilt werden. Der Bundestag müsste bis dahin das entsprechende Direktzahlungen-Durchführungsgesetz ändern (der Bundesrat muss nicht zustimmen).

Obergrenze neu eröffnet

Der Kommissionsentwurf ermöglicht den Mitgliedstaaten zudem, für das Kalenderjahr 2020 über eine „Obergrenze“ bzw. Kürzung der Basisprämien, die 150.000 Euro je Betrieb überschreiten, neu zu entscheiden. Auch die

so einbehaltenen Mittel stünden der zweiten Säule im jeweiligen (Bundes-) Land zur Verfügung. Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) hat bereits erklärt, das sei für Deutschland irrelevant. Dabei haben laut BMEL-Statistik im Jahr 2017 insgesamt 1.923 Betriebe mehr als 150.000 Euro Basisprämien erhalten (entspricht mehr als ca. 850 ha); zusammen erhielten sie rund 740 Millionen Euro Direktzahlungen. Anders ausgedrückt: 0,7 Prozent der Betriebe erhielten 15 Prozent der Direktzahlungen. *uj*

Große Fische einhegen

Momentan profitieren selten Bauern und Bäuerinnen im Bodenmarkt



Viel Land in Bauernhand?

Foto: Hermsdorf/pixelio

Das Karussell um Agrarland dreht sich nach wie vor – besonders im Osten Deutschlands. Finanzkräftige Investoren von außerhalb der Landwirtschaft steigen vorzugsweise in große bestehende und ehemalige Agrargenossenschaften ein. Dieser Trend ist ungebrochen bzw. verstärkt sich vermutlich durch die schwierige Lage landwirtschaftlicher Betriebe nach zwei auch in weiten Teilen Ostdeutschlands wettermäßig extremen Jahren eher noch. Abhilfe schaffen könnten Agrarstrukturgesetze, wie sie Sachsen-Anhalt unter dem damaligen Minister Onko Aeikens (CDU) oder Niedersachsen mit Christian Meyer (Grüne) versucht hatten. Aeikens, inzwischen Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, scheiterte an der mächtigen Lobby der Agrarindustrie, allen voran der Bauernverband. Meyer, der im Prinzip Aeikens Inhalte übernommen hatte, musste sich den Vorwurf der Opposition gefallen lassen, der Gesetzentwurf sei verfassungsrechtlich nicht wasserdicht. Wenn nun Thüringen und auch erneut Sachsen-Anhalt ankündigen, Gesetzesinitiativen auf den Weg bringen zu wollen, ist davon auszugehen, dass die mächtige Gegnerschaft sich längst warmläuft. Aber auch das Bundeslandwirtschaftsministerium soll nun, so der Beschluss des Agrarausschusses, prüfen, welche Maßnahmen die Transparenz auf dem Bodenmarkt verbessern und inwieweit eine Überarbeitung des Grundstückverkehrsgesetzes und der Erhebung der Grunderwerbssteuer angezeigt ist. Jochen Dettmer, Präsident des Bauernbundes, geht davon aus, dass die Stimmung inzwischen Veränderungen zulassen müsse, es mittlerweile zu viel öffentliches Interesse und Widerspruch gegen den Ausverkauf des Ostens gebe. Der Bauernbund

fordert wie auch die AbL vor allem eine Begrenzung der Anteilsverkäufe der Betriebe, die zum einen das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht aushebeln wie auch dem Investor die Grunderwerbssteuer sparen. Auch das bislang stumpfe Schwert der „ungesunden Bodenverteilung, die vermieden werden sollte“ muss durch eine genaue Definition in Form von Prozentanteilen scharf gemacht werden. Bisher sei eben gar keine Agrarstrukturpolitik gemacht worden, sagt Jan Sommer, Bauer im märkischen Oderland. Er beklagt auch, dass bestehende gesetzliche Möglichkeiten, so wenig ausreichend sie auch sein mögen, zudem noch nicht einmal in vollem Umfang genutzt würden. Es gebe immer wieder Beispiele, bei denen Ämter vor Ort in ihrem Ermessensspektrum für den Investor entschieden, der Druck sei entsprechend. Kein Wunder also, dass Unternehmen wie Odega oder die Lindhorst-Gruppe ganze Landstriche besitzen. Die Familie Steinhoff war mit 20.000 Hektar vor Jahren größter Landeigner in der brandenburgischen Uckermark. Ob sie das immer noch ist, lässt sich nach den Schwierigkeiten des Steinhoff-Möbelkonzerns durch Bilanztricksereien nicht mehr sagen. Zwei bislang als Steinhoff gehörend ausgewiesene Agrarbetriebe bearbeiten gerade ihre Homepages und geben keine Auskünfte zur Sache. Bei zwei anderen Betrieben schied Angela Krüger-Steinhoff 2017 bzw. 2018 aus der Geschäftsführung aus. Wahrscheinlich ist das alles ohne Bedeutung, denn selbst wenn Betrieb oder Land den Besitzer wechseln, kommen sicherlich nicht Bauern und Bäuerinnen zum Zuge. Oder, wie Jan Sommer sagt: „Da wartet immer schon der nächste große Fisch.“ *cs*

Europäisches Handelsabkommen mit Japan

Das Europäische Parlament hat Mitte Dezember dem Handelsabkommen mit Japan (Jefta) zugestimmt. Damit soll der Vertrag voraussichtlich ab Februar 2019 in Kraft treten, meldete die Europäische Kommission. Zuvor hatte bereits der EU-Ministerrat – bestehend aus den Wirtschafts- und Außenministern der EU-Mitgliedsstaaten – dem Abkommen zugestimmt. Japan musste den Zollschutz auf viele Käsesorten wie Gouda und Cheddar gänzlich fallen lassen. Die EU-Kommission geht davon aus, dass Jefta eine möglicherweise erhebliche Steigerung der Rindfleischausfuhren der EU bewirkt sowie zusätzliche Möglichkeiten für die Ausfuhr von Schweinefleischzeugnissen eröffnet. „Die Verhandlungen um das Handelsabkommen mit Japan haben sich lange hingezogen, auch weil der Agrarsektor ein umstrittenes Thema war. Während die europäische Molkerei- und Schlachtindustrie für ihre Exportprodukte eine möglichst starke Marktöffnung in Japan einforderten, haben die Bäuerinnen und Bauern in Japan sich gegen Jefta ausgesprochen. Sie fürchten, dass die größeren Mengen von Agrarimporten ihre lokalen Märkte beschädigen werden, und dadurch ihre Erzeugerpreise stärker unter Druck geraten“, kritisierte Elisabeth Waizenegger, Milchbäuerin im Allgäu und Mitglied im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). „Diese Marktöffnung ist außerdem überhaupt nicht von Vorteil für europäische Bäuerinnen und Bauern. Im Gegenteil, steigende Exporte führen nicht automatisch zu einer höheren Wertschöpfung auf den Höfen, sondern die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass sowohl die Exporte zunehmen, aber auch die Preiskrisen auf unseren Bauernhöfen.“ *bet*

Grenzaktion mit Treckern am 25. Januar

Belgien hat den Fall vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) gebracht. Der prüft derzeit, ob die Schiedsgerichte im Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (Ceta) mit dem europäischen Rechtssystem vereinbar sind. Ende Januar ist eine Stellungnahme des Generalanwalts zu diesem Verfahren angekündigt. Diesen Anlass nutzen Bäuerinnen und Bauern in Europa, um bei Aachen am 25. Januar an der deutsch-belgischen Grenze eine Aktion mit Treckern durchzuführen. Sie wollen ein deutliches Zeichen setzen, das Handelsabkommen wie Ceta, Jefta aber auch geplante Handelsabkommen mit den Mercosurländern oder mit Neuseeland und Australien sowie viele mehr eine bäuerliche und klimaverträgliche Landwirtschaft gefährden und die Erzeugerpreise weltweit massiv unter Druck setzen. Es braucht vielmehr soziale und ökologische Antworten auch in der europäischen Handelspolitik für ein solidarisches Europa. Die Organisatoren dieser Aktion sind das European Milk Board (EMB), die Europäische Kordination Via Campesina, die Milchproduzenten Interessengemeinschaft Belgien (MIG Belgien) und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Bäuerinnen und Bauern mit oder ohne Trecker und interessierte Menschen, die in der Nähe dieser Grenze wohnen, sind herzlich eingeladen, sich an dieser Aktion zu beteiligen. Weitere Infos und Anmeldung, Email: thomsen@abl-ev.de, Fax: 04131/407758. *bet*

Maria Noichl (SPD) für Obergrenze

Die aus Bayern stammende SPD-Europaabgeordnete Maria Noichl will die EU-Direktzahlungen je Betrieb auf maximal 60.000 Euro pro Jahr begrenzen. Anders als von der Kommission vorgeschlagen, will sie keine Arbeitskosten betroffener Betriebe von den Kürzungen ausnehmen, dafür aber die Zahlungen für Umwelt-Maßnahmen in der ersten Säule (Eco-Schemes). Der CDU-Abgeordnete Peter Jahr aus Sachsen beantragt, den Mitgliedstaaten selbst zu überlassen, ob sie Degression und Kappung anwenden wollen. Wenn gekürzt wird, sollen die Freigrenzen bei Agrargenossenschaften für jedes gleichberechtigte Mitglied gelten. Der Grüne Martin Häusling will mit einer degressiven Kürzung bei 35.000 Euro je Endbegünstigtem beginnen und eine Obergrenze bei 50.000 Euro einziehen, wobei er die Hälfte der Arbeitskosten von Kürzungen freistellen will. Zusammen mit Maria Heubuch (Grüne) beantragt er, dass Arbeitskosten nur von sozialversicherten Arbeitnehmer*innen berücksichtigt werden dürfen. *uj*

Systemanalyse Milch - Hintergrund für die Praxis

Eine neue Untersuchung zur Weidehaltung vom Grünlandzentrum in Niedersachsen Bremen e.V.

Systemanalyse Milch - Hintergrund für die Praxis ist die durchaus spannende Überschrift der Auswertung einer Untersuchung, an der insgesamt 60 Milchviehbetriebe aus dem nördlichen Niedersachsen teilgenommen haben. Thema waren die Vor- und Nachteile der Erzeugung von Milch in Weide- und Stallhaltung. Koordiniert wurden die Untersuchungen vom Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen, sie erstreckten sich über fünf Jahre. Alle Untersuchungsbetriebe hielten die spezialisierte Milchviehrasse Deutsche Holstein; auch wenn es nirgends direkt angesprochen wird, so handelte es sich vermutlich ausschließlich um konventionell wirtschaftende Betriebe. Leider erfährt man recht wenig von den 60 Betrieben selber, die die Grundlage für die Untersuchung bilden. Zwar wurden die Zahl der Kühe, die Milchleistung, die Fütterung und weitere Informationen um die Milchviehhaltung mitgeteilt und ausgewertet, man erfährt jedoch nichts beispielsweise zum Umfang der Fläche, zum Acker-Grünland-Verhältnis, zum Viehbesatz, zur Qualität des Grünlandes, zur Verteilung der Flächen auf Marsch, Geest und Moor. Aber, ohne Frage, eine Untersuchung „zur rechten Zeit“. Von den insgesamt 15 Beiträgen befassen sich sieben mit der Auswertung der Betriebserhebungen in den 60 Betrieben; die anderen Beiträge haben Einzelfragen zum Thema. Die 60 Betriebe wurden in vier Gruppen eingeteilt: Gruppe 1: mehr als zehn Stunden täglicher Weidegang (= Vollweide); Gruppe 2: sechs bis zehn Stunden Weidegang; Gruppe 3: weniger als sechs

Stunden Weidegang; Gruppe 4: reine Stallhaltung (leider reduzierte sich bei der betriebswirtschaftlichen Auswertung diese Gruppe auf nur noch neun Betriebe).

Milchleistung und Kraftfutter

Die Milchleistung pro Kuh war bei der Vollweide und bei Weidegang sechs bis zehn Stunden um etwa 1.000 kg Milch (FCM) niedriger als bei Weide bis sechs Stunden und bei reiner Stallhaltung. Überraschenderweise unterschied sich der Kraftfuttereinsatz bei den Betrieben nur geringfügig: Bei den Vollweidebetrieben waren es 271 g/kg Milch, bei der reinen Stallhaltung 289 g/kg Milch. Daraus kann man wohl nur den Schluss ziehen, dass Weide als Futter in den Weidebetrieben nicht wirklich ernst genommen wird. Nahezu alle anderen Untersuchungen zur Wirkung von Kraftfutterzufütterung bei Weidehaltung kommen zum Ergebnis, dass diese wenig Sinn macht. Nun ist es natürlich nicht so, dass es im nördlichen Niedersachsen keine Milchviehbetriebe gäbe, die mit Beginn der Weidesaison die Kraftfutterzuteilung deutlich reduzieren. Möglicherweise fanden solche Betriebe aber keinen Zugang zu der Studie, weil die Betriebe von der Landwirtschaftskammer ausgewählt wurden. Milchviehbetriebe mit reduziertem Kraftfuttereinsatz und Kammerberatung haben – nach eigener Erfahrung – aber wenig Kenntnis voneinander. Es muss dann schon überraschen, dass trotz des hohen Kraftfuttereinsatzes bei den Weidebetrieben und trotz ihrer geringeren Milchleistung in zwei von den



Weide, ein stimmiges System

Foto: Hermsdorf/pixelio

drei untersuchten Wirtschaftsjahren die Vollweidebetriebe gegenüber den Betrieben mit ganzjähriger Stallhaltung ein deutlich besseres Wirtschaftsergebnis hatten (plus 3,9 Cent Gewinnbetrag je kg ECM 2014/15 bzw. plus 3,5 Cent 2015/16). Nur in dem Jahr mit ungewöhnlich hohen Milchauszahlungspreisen (2013/14) hatten die reinen Stallhaltungsbetriebe einen Vorteil von 1,2 Cent.

Tierwohl und Tiergesundheit

Bei jeweils einem Betriebsbesuch im Sommer und einem im Winter (reicht das aus?) wurde das „Tierwohl“ zu beschreiben versucht. Weide hat positive Effekte auf das Wohlbefinden und die Gesundheit der Kühe. Es traten weniger Klauenerkrankungen, weniger Verletzungen und Lahmheiten auf. Bei Herden, in denen Mortellaro vorkam, „waren die Schweregrade von Mortellaro in den stallhaltenden Betrieben deutlich höher als in den weidehaltenden Betrieben“. Bei den Weidebetrieben wurde während der Weideperiode gegenüber den Stallhaltungsbetrieben eine (leicht) schlechtere Körperkondition (BCS) beobachtet, d. h. die Weidetiere waren durch den Weidegang etwas „schlanker“ geworden. Kritisch angemerkt wurde, dass die Wasserversorgung bei Weidegang nicht optimal war. Genauere Informationen dazu gab es aber leider nicht.

Der CO₂-Fußabdruck

Allgemein sind die Berechnungswege

zu diesem Thema durchaus kompliziert. Viele eingesetzte Werte sind Schätzungen, deren Gültigkeit für den Einzelbetrieb schwer zu prüfen ist. Nach dem Berechnungsschema der Landwirtschaftskammer hatten die Betriebe mit bis zu sechs Stunden Weide den niedrigsten Wert (809 g CO₂-Äquivalent/kg ECM); ihnen gegenüber war der Wert bei den Betrieben mit ganzjähriger Stallhaltung um 1,7 %, bei den Vollweidebetrieben um 6,3 % höher. Dieser etwas höhere Wert bei den Vollweidebetrieben ergab sich vor allem durch das Zusammentreffen von niedrigerer Milchleistung und trotzdem fast gleich hohem Kraftfuttereinsatz.

Schlussbemerkung

Es ist eine durchaus wichtige Untersuchung. Eine Schwäche ist die mit durchschnittlich 15 Betrieben vergleichsweise geringe Gruppengröße. Angesichts der Vielzahl an unterschiedlichen Verhältnissen, die allein durch die verschiedenen Standortbedingungen bei den teilnehmenden Betrieben vorliegen werden, sind starke Auswirkungen einzelner Betriebe auf das Gesamtergebnis nicht auszuschließen. Ärgerlich ist, dass an zahlreichen Stellen „eiserne Beratungsmeinungen“ in die Texte eingebaut worden sind, die keinen Zusammenhang zu den wirklich untersuchten Vorgängen haben (und häufig genug nur „eiserne Propagandasprüche“ sind).

Onno Poppinga,

emeritierter Professor für Agrarpolitik

Weide oder Stall – was denkt die Bevölkerung?

Ein Kapitel der Systemanalyse Milch beschäftigt sich mit den Erwartungen der VerbraucherInnen. Dazu wurde eine Online-Befragung von 358 Bürgern durchgeführt. Hier sind die Ergebnisse überraschend deutlich: Stallhaltung wird nahezu einhellig abgelehnt, sie kommt nur auf eine Akzeptanz von 4,2 %. Dagegen befürworten 96,1 % der Befragten Sommerweidehaltung! Selbst moderne Außenklimaställe werden mit der Begründung abgelehnt, die Kühe hätten keinen Zugang zur Weide. Bisher versucht die Milchbranche zu kommunizieren, wie gut es den Kühen doch in den „licht- und luftdurchfluteten“ modernen Laufställen gehe. Wassergefüllte Liegematten, rotierende Bürsten und viele weitere Details werden aufgezählt. Das könnte sich aber als genauso perspektivlos erweisen wie das Schönreden der „modernen“ Haltungssysteme von Schweinen und Geflügel in Großställen. Angesichts der eindeutigen Einstellung der Befragten sollten sich Bäuerinnen und Bauern, Verbände und Molkereien gut überlegen, ob sie mit diesem Beharren auf den Vorteilen der Stallhaltung nicht die Akzeptanz der Milchherzeugung insgesamt gefährden. Ein deutliches Bekenntnis zur Weidehaltung und gemeinsame Bemühungen, die Zahl der Kühe auf der Weide zu stabilisieren und mittelfristig wieder zu erhöhen, wäre sicher der bessere Weg. Schritte in dieser Richtung sind die Einführung einer Weideprämie, Begrenzung der Stallbauförderung und deren Bindung an Weidegang und vor allem eine rasche, deutliche Besserbezahlung von Weidemilch.

Ottmar Ilchmann

Schweinepest aussperren

Zäune und Schießen als Schutz?

Zeitweise hatte sich die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) mancherorts verlangsamt. Aktuell gibt es jedoch beispielsweise in Polen wieder mehr nachgewiesene Fälle. Allein Anfang bis Mitte Dezember wurden in Polen mehr als 100 neue ASP-Fälle bei Wildschweinen verzeichnet. So sei der Anstieg zum Jahresende zwar auch in den letzten Jahren beobachtet worden, jedoch erweitere sich der Radius der gefundenen ASP-Fälle, berichtet der Presse- und Informationsdienst AgraEurope. Veterinärbehörden haben Wildschweine mit einer teilweisen Immunität gegen ASP gefunden. So könnte jedes fünfte Wildschwein ansatzweise gegen die Erkrankung resistent sein, schreibt AgraEurope. Teils immune infizierte Tiere könnten die Krankheit über größere Flächen verbreiten, als Tiere, die bald nach der Infektion verenden.

Dänemark will ASP aussperren

Die Vorkehrungen der Länder, die noch keine ASP-Fälle festgestellt haben, variieren. In Deutschland wurde die Jagd auf Schwarzwild intensiviert. So stieg die Strecke im Jagdjahr 2017/2018 allein in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Vorjahr um 24,3 Prozent auf 19.500 Tiere. In Dänemark stimmte das dänische Parlament bereits im Sommer für den Zaunbau an der dänisch-deutschen Grenze. Mit dem 70 km langen und 1,50 Meter hohen Zaun soll die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) nach Dänemark verhindert werden und die Schweinebranche geschützt werden. Ein Bündnis aus deutschen und dänischen Umweltschutzorganisationen hat bei der Europäischen Kommission Beschwerde eingereicht. Die Ver-

bände sehen die Prinzipien, nämlich die Vernetzung von Lebensräumen, der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) als bedroht an. Der Zaun zerschneide Wanderrouen und Biotope und zusätzlich wäre die Wirksamkeit der Maßnahme fragwürdig. Die Seuche verbreite sich hauptsächlich durch eingeführte infizierte Lebensmittel. Außerdem seien Wildschweine gute Schwimmer und wären nicht an Landübergänge gebunden, so die Verbände.

Export

Der internationale Schweinemarkt ist ein Haifischbecken, in dem nun das Pestgeschehen wie ein zusätzlicher unberechenbarer großer Raubfisch agiert. Wenn sich die Afrikanische Schweinepest in China – wo sie erst kürzlich überhaupt aufgetaucht ist – weiter ausbreitet, haben europäische Exporteure gute Chancen, den steigenden Einfuhrbedarf zu bedienen. Voraussetzung für das Geschäft ist, dass die Viruserkrankung nicht im eigenen Land ausbricht. Dann wäre aus hiesiger Sicht der asiatische Markt sofort zu – und zwar für längere Zeit. Die ASP-Fälle in Belgien und der daraufhin gefolgte Einfuhrstopp nach China, Japan, Südkorea und weiteren Drittländern haben die belgischen Schweinefleischexporte fast zum Erliegen gebracht. Auch große Schlachtkonzerne in Niederlanden und Deutschland haben den Import und die Verarbeitung von belgischem Schweinefleisch vorübergehend gestoppt. Hoffnung für Belgien ist, die Ware mit Preisabschlägen auf dem europäischen Binnenmarkt zu verkaufen. Die Auswirkungen für den gesamteuropäischen Schweinemarkt liegen auf der Hand. *sg*



Wildschweine sind schnell und schlau.

Foto: Gandenberger

EPA ignorierte Dicamba-Warnungen

US-Journalisten haben unter Berufung auf die gesetzlich festgeschriebene Auskunftspflicht der Behörden Unterlagen eingesehen, die beweisen, dass sich die Umweltbehörde EPA bei der Zulassung von Dicamba allein auf die von der Industrie vorgelegten Studien stützte. Mehrere kritische Studien von US-Universitäten wurden hingegen ignoriert. Die Wissenschaftler hatten vor weitreichender Dicamba-Abdrift und entsprechenden Schäden gewarnt. Stattdessen akzeptiert die EPA die Erklärung der Industrie, dass Schäden an Feldfrüchten auf Anwendungsfehler bei der Ausbringung zurückzuführen seien. Bayer hat die Anwendung des Dicamba enthaltenden XtendiMax-Herbizids zum vollen Erfolg erklärt: „Unsere Kunden sagen uns, dass ihre Felder so sauber (unkrautfrei) sind wie schon seit Jahren nicht mehr“, heißt es in einer Stellungnahme. *ml*

US-Landwirtschaft belastet Trinkwasserquellen

Eine US-Bundesbehörde (Geological Survey) hat in jedem fünften Trinkwasserbrunnen Kolibakterien und/oder hohe Nitratwerte festgestellt. 43 Millionen Amerikaner beziehen ihr Trinkwasser nicht von staatlichen Wasserwerken, sondern über eigene Trinkwasserbrunnen. Der Bundesstaat Wisconsin ist für intensive Milchwirtschaft bekannt. Eine staatliche Untersuchung dort ergab, dass sechs Prozent der fast 700.000 privaten Brunnen Nitratwerte aufweisen, die deutlich über den gesetzlichen Richtlinien liegen. Die US-Nichtregierungsorganisation Environmental Working Group (EWG) hat in Trinkwasserbrunnen und Wasserspeichern Mengen des Pflanzenschutzmittels Atrazin gefunden, die die gesetzlich zugelassenen Grenzwerte um das Drei- bis Siebenfache überschreiten. Atrazin ist das in den USA nach Glyphosat am zweithäufigsten eingesetzte Herbizid. Atrazin beeinflusst das Verhalten von Hormonen im menschlichen Körper und kann bei Schwangeren zu Frühgeburten und zu einem geringen Geburtsgewicht führen. Die Untersuchung der EWG wies Atrazin in Trinkwasserquellen von 30 Millionen Menschen in 27 US-Bundesstaaten nach. Am stärksten betroffen waren die Staaten Texas, Kansas, Missouri, Illinois und Ohio. *ml*

Frankfurter Erklärung

„Wege zur Ernährungsdemokratie“ – unter diesem Motto kamen Ende November in Frankfurt mehr als 150 Vertreterinnen und Vertreter aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Luxemburg und den Niederlanden zusammen und verabschiedete die Frankfurter Erklärung. In deren einleitenden Absätzen wird die Notwendigkeit eines Wandels betont. Die Gründe hierfür seien zum einen: „Die industrielle Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion befördern den Klimawandel, die Abholzung der Wälder, die Zerstörung der Böden, Wasserknappheit sowie -verschmutzung und den Verlust von Biodiversität mit Auswirkungen in Deutschland, der Europäischen Union und überall in der Welt. Wenige große Unternehmen der Agrarwirtschaft profitieren während viele bäuerliche Betriebe und handwerkliche Verarbeiter aufgeben müssen.“ Genannt werden aber auch die „800 Millionen Hungernde, mehr als eine Milliarde fehlernährte Menschen“, die zeigen, dass eine Ernährungswende dringen nötig ist. Konkret aufgefordert wird die Politik, die Rahmenbedingungen zu schaffen, „die ein zukunftsfähiges, relokalisierbares Ernährungssystem ermöglichen“. Grundlage hierfür sei eine demokratische, gerechte, freie und weltoffene Gesellschaft. Gefordert wird weiterhin eine Preisgestaltung, die die tatsächlichen Kosten, auch ökologische und soziale, widerspiegelt. Ausdrücklich fordern die Initiatoren eine gleichzeitige Agrarwende, um funktionierende lokale Wertschöpfungskreisläufe aufbauen zu können. Die Frankfurter Erklärung soll als Leitlinie für die Arbeit der Ernährungsräte dienen. Ernährungsräte sind Zusammenschlüsse von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Kommunen. Allein in Deutschland gibt es bisher über 40 bestehende und in Gründung befindliche Initiativen. *mn*

UN-Vollversammlung stärkt Bauernrechte

Auch wenn die Bundesregierung sich immer wieder in den entsprechenden Abstimmungen zur Bauernrechteerklärung in den Untergremien der UN wie auch nun in der Vollversammlung enthalten hatte, wurde sie nun mit großer Mehrheit verabschiedet. „Die UN-Bauernrechteerklärung gibt Staaten Leitlinien an die Hand, mit denen sie nationale Gesetze nun entlang der Rechte und Bedürfnisse von kleinbäuerlichen Erzeuger*innen ausrichten können“, sagt Paula Gioia von der AbL und der Europäischen Koordination von Via Campesina. „Die schwierigen Verhandlungen haben gezeigt, dass sich ohne den Druck bäuerlicher Bewegungen weltweit und weiterer zivilgesellschaftlicher Organisationen wenig bewegt. Wir werden uns mit langem Atem für deren Umsetzung starkmachen“, fügt Gioia hinzu. Ein Bündnis von 19 deutschen und internationalen Bauern-, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen hatte die deutsche Bundesregierung immer wieder aufgefordert, sich für die Erklärung stark zu machen. „Die Annahme der UN-Bauernrechteerklärung ist ein wichtiger Tag für die Menschenrechte. Sie fasst zum ersten Mal die Rechte von Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten, in einem Menschenrechtsinstrument zusammen und stellt sie so unter besonderen Schutz“, erklärt Jan Urhahn vom entwicklungspolitischen INKOTA-Netzwerk. Der Kampf um schwindende Ressourcen wie Land und Wasser habe sich verschärft; die Vielfalt von Saatgut sei durch die zunehmende Kommerzialisierung von wenigen Hohertragsorten und deren Eigentumsschutz bedroht. *pm*

Lebensmittelwirtschaft fordert gentechnikfrei

75 Unternehmen des Lebensmittelhandels, Lebensmittelhersteller und der Futtermittelwirtschaft aus zehn europäischen Ländern fordern in einem offenen Brief die EU-Kommission auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die gentechnikfreie Produktion in Europa abzusichern. In ihrem Schreiben begrüßten die Unternehmen das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum rechtlichen Status der neuen Gentechnik-Verfahren und daraus entstehende Produkte sehr. „Das Urteil schafft die wichtige Basis für die Rechtssicherheit, die unser Wirtschaftszweig braucht,“ so die Unterzeichner. Zentrale Aufgabe der Kommission sei es nun, das Urteil auch „ordnungsgemäß umzusetzen“. Dazu gehöre, dass den Mitgliedstaaten umgehend Nachweisverfahren für mit neuer Gentechnik hergestellte Produkte zur Verfügung gestellt werden. Auf internationaler Ebene müsse ein Transparenzregister eingerichtet und effektive Kontrollen bei Importen gewährleistet werden. Wer GVO in die EU importieren will, muss erst ein EU-Zulassungsverfahren durchlaufen und dabei auch Nachweisverfahren und Referenzmaterial liefern. Initiiert hatten den Brief der Verein Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG) und der ARGE-Gentechnik-frei aus Österreich. Zu den Unterzeichnern gehören namhafte Unternehmen wie Edeka, Rewe, UNSER LAND, Molkereien wie Kerry, Berchtesgadener Land, Gropper, Zott sowie die Plukton Vertriebs GmbH (Geflügelfleisch) und Futtermittelunternehmen wie Josera, Invaso, RKW Kehl. *av*

10 Jahre „ohne Gentechnik“

Bäuerinnen und Bauern, Verbraucherschützer und Politiker zogen ein positives Resümee nach zehn Jahren „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung. Dies sei ein wichtiger Meilenstein. Ilse Aigner, ehemalige Bundeslandwirtschaftsministerin, bezeichnete es als „wichtigstes Vorhaben“ in ihrer Zeit als Ressortchefin. Aigner führte damals zusammen mit der Verbraucherschutzexpertin der SPD, Elvira Drobinski-Weiß, das „ohne Gentechnik“-Siegel ein. Sie freue sich über diese „Erfolgsgeschichte, von der so viele Landwirte und Verarbeiter profitieren“, kommentierte Aigner die Entwicklung. Verbraucher benötigten Wahlfreiheit. „Das gilt auch angesichts neuer gentechnischer Verfahren und der damit hergestellten Produkte,“ so Aigner. Grundlage der freiwilligen „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung war die Ergänzung des EG-Gentechnik-Durchführungsgesetz (EGGenTDurchfG) durch die damalige schwarz-rote Bundesregierung. Danach dürfen Lebensmittel, die ohne Anwendung gentechnischer Verfahren hergestellt wurden, einzig mit der freiwilligen Angabe „ohne Gentechnik“ ausgelobt werden. Gleichzeitig regelt das Gesetz, unter welchen Bedingungen ein Lebensmittel als „ohne Gentechnik“ gekennzeichnet werden darf. *av*

Auslauf-Modell mit Zukunft

Herbsttagung der AbL-Niedersachsen zum Thema Weidehaltung

Immer weniger Kühe gehen auf die Weide, auch politisch wird die Weidehaltung oft als Auslaufmodell gehandelt. Dabei ist sie das Haltungssystem, das Tier, Umwelt und den Ansprüchen der Gesellschaft am meisten entgegen kommt. Auf großes Publikumsinteresse stieß die Herbsttagung der AbL-Niedersachsen zu diesem Thema. Dr. Edmund Leisen zeigte mit vielen Daten, wie produktiv die Rinderhaltung mit Weidefütterung sein kann. Dabei ist es wichtig, dass der Bestand niemals überständig wird, sondern dass mit vier bis fünf Nutzungen den Kühen bestes Futter zur Verfügung steht. Interessant ist die Berechnung der erzeugten Liter Milch pro Hektar, die selbst unter Öko-Bedingungen 12.000 kg erreichen kann. Allerdings ist zu beachten, dass sich die Pflanzenszusammensetzung innerhalb des Nutzungszyklus verändert. Daher ist eine regelmäßige Nachsaat wichtig, bei der vor allem Weidelgräser und Weißklee zum Einsatz kommen. Auf artenreichen Standorten können auch Rotklee und Gräser wie Wiesenschwingel, Lieschgras und Wiesenrispe, seltener auch Knautgras höchste Erträge liefern. Unerwünschte Arten wie Ampfer, Quecke, Distel werden am besten bei einem optimalen pH-Wert und möglichst geringer Bodenverdichtung zurückgedrängt. Luzerne ist eine tolle Pflanze, allerdings nicht stabil im Bestand. Sollten noch mehr trockene Jahre kommen, hat die Luzerne jedoch eine wichtige Funktion. Onno Poppinga berichtete aus dem Projekt der Verringerung des Kraftfuttereinsatzes (Daten von 54 Betrieben). Auch wenn die 10.000-kg-Kuh mit der Futterumstel-

lung ihr Leistungsniveau auf einem wesentlich niedrigeren Wert einpendelt, muss sie dabei nicht unrentabler sein.

Der Gewinn pro Hektar liegt wesentlich über dem der durchschnittlichen Milchbetriebe, wobei die Entlohnung des Personals mit berücksichtigt wird. Die Kühe danken das kraftfutterreduzierte System mit größerer Gesundheit und einer längeren Nutzungsdauer. Dies wird als Entlastung auch der Tierhalter wahrgenommen. Allerdings muss man sich von dem Ziel einer maximalen Literleistung der Kuh verabschieden. „Wer für sein eigenes Selbstverständnis auf hohe Milchleistung angewiesen ist, sollte mit dem System der Kraftfutterreduzierung nicht anfangen“, so Onno zum Schluss. Dass man für Weidegang, gute Leistung und Herdengesundheit auch eine andere Zucht braucht, beleuchtete Kirsten Wosnitza in ihrem Vortrag. Das Wesen der Kuh als Weidetier soll durch die Züchtung (wieder) gestärkt werden, angepasst an den jeweiligen Standort. Rückenwind gibt die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der Weidehaltung.

Zum Abschluss skizzierte Guido Holtheide die Umstellung seines Betriebes auf ökologischen Landbau. Die Extensivierung bedeutet einen höheren Flächenbedarf oder die Reduktion der Tierzahlen. Die Anpassung des Betriebes an die neuen Herausforderungen ist nicht leicht. Trotzdem sieht er die Entwicklung positiv, da durch eine andere Vermarktung der Betrieb auch höhere Preise realisieren kann.

*Eberhard Prunzel-Ulrich,
AbL-Niedersachsen*



Nur das Ende der Saison, nicht des Systems

Foto: Havlena/pixelio

Betriebsspiegel:

Betriebsspiegel Bio Hof Klass
165ha LN - Bioland Betrieb
35ha Grünland
130ha Acker, hauptsächlich
Getreide, Buchweizen, Sonnenblu-
men, Mais, Luzernegras/Klee gras
und Kartoffeln
50 Legehennen für die Direktver-
marktung ab Hof.
Ziel /Plan ist es mehr Gemüse anzu-
bauen aber auch den Kartoffelan-
bau fest zu integrieren

Was bedeutet es für euch, Horizonte zu erweitern?“, fragte uns Rebecca Oellermann vom Tagungsteam in der Einführungsveranstaltung der Öko-Junglandwirte-Tagung 2018. Für mich war es das erste Mal – und nur ganz zufällig, durch eine Absage eines Freundes habe ich eine Woche vor Tagungsbeginn noch ein Ticket ergattern können. Die Veranstaltung ist meist schon nach Veröffentlichung und Freigabe der Anmeldung innerhalb kur-

zer Zeit ausgebucht! Umso mehr freute es mich, nun auch mal mit dabei sein zu können. Und es hat sich gelohnt! Für einen praktischen Landwirt wie mich war es eine absolute Horizonterweiterung, an dieser Tagung teilzunehmen. Auf unserem Familienbetrieb in Wiesenhagen stecken wir mitten in der Hofübergabe. Gleichzeitig beschäftige ich mich zurzeit mit vielen anderen Themen für unseren Betrieb, unter anderem mit dem Aufbau neuer Betriebszweige: Öko-Gemüseanbau und Legehennenhaltung, Kompostierung/Humusaufbau und Photovoltaikanlagen auf Grenzstandorten. Diese Tagung bot mir das perfekte Forum, um meine Ideen kundzutun und mit anderen in den Austausch zu gelangen. Nicht nur die fünf wählbaren Exkursionen, vom Ziegenkäse über Schulbauernhof bis zur mobilen Metzgerei, und die vielen Vorträge vom Aufbau und Erhalt von Landwirtschaft in Syrien bis

zu Komposttoiletten der Firma Öklo aus Eberswalde waren thematisch spannend. Vor allem das Diskutieren und Austauschen beim gemeinsamen Mahl oder nach dem Abendessen bis tief in die Nacht war eine wahre Bereicherung! Wann kommt ein Landwirt mal in die Lage, so viele Menschen aus ganz Deutschland kennenzulernen, sich über aktuelle Themen in der Landwirtschaft zu unterhalten und gemeinsam zu diskutieren? Eine solch gelungene Tagung ist für mich wie eine Weiterbildung – und dazu nicht einen Moment langweilig.

Eine sehr interessante neue Methode, die auf der Tagung ausprobiert wurde, waren die sogenannten Thementische, an denen jeder die Möglichkeit hatte, ein Thema zu nennen, über das an diesem Tisch diskutiert wurde. Der große Vorteil dabei: Die Diskussionstische waren offen für Wechsel, so konnte man überall mal reinschauen und mit-

reden – super!

Unter anderem gab es die Themen: „Wie kann sich die Landwirtschaft auf den Klimawandel vorbereiten und anpassen?“, „Diversifizierung/Wachstum nach Innen“, „Kälberaufzucht – was passiert mit den Bullenkälbern?“, „Sexismus in der Landwirtschaft“, „Rechtsruck in Deutschland – auch in der Landwirtschaft?“ oder „10 Milliarden – die Menschheit schafft sich ab“. So kam man auch ins Gespräch mit Leuten, mit denen man vorher noch nicht gesprochen hatte, und lernte sie nebenbei gleich besser kennen. Auf jeden Fall gab es viel Stoff, um zu diskutieren und Ansichten mit anderen zu teilen.

Bei der Tagung habe ich viele neue Menschen kennengelernt – vom souveränen Betriebsleiter über Azubis, Studenten bis zum Existenzgründer war alles dabei. Kurz vor dem Ende der Tagung wurden natürlich Kontaktinfos ausgetauscht. Das persönliche Netzwerk hat sich erweitert und teilweise auch manifestiert. Darum kann ich es nur jedem Leser ans Herz legen, den Austausch mit den Kollegen zu suchen und dabei vielleicht in einen anderen, völlig neuen Bereich hineinzuschauen – den Horizont zu erweitern.

Sebastian Klass

Horizonte erweitern



Im November reiste ich von meiner ersten Junglandwirte-Tagung in Fulda zurück in die Hauptstadt. Und war inspiriert. Wie gut es tut, dachte ich mir im Zug, den eigenen Dunstkreis hinter sich zu lassen und in den Kreis von jungen, motivierten Landwirten einzutauchen. Mein täglicher Wirkungskreis ist aktuell Berlin, wo ich, gelernter Bäcker und Ökotrophologe, bei der Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg e.V. arbeite. Wenn ich nicht gerade an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde meinem Studium nachgehe. Auch wenn ich selbst mit Landwirten aus der Region zu tun habe, beschäftige ich mich doch meistens mit Verbrauchern. Oder mit Verbänden, die sich für die Interessen von Verbrauchern und Landwirten einsetzen.

Umso interessierter war ich am Programm der Junglandwirte-Tagung. Dessen Motto: „Horizonte erweitern“. Das klang überraschend politisch und eröffnete einen weiteren Rahmen, als ich erwartet hatte. Von der Ernährungssicherung und dem Begriff der Ernährungssouveränität am Beispiel von Syrien bis zu einem Thementisch zu „Rechtsruck in Deutschland, auch in der Landwirtschaft?“ waren wichtige gesellschaftliche Themen vertreten. Natürlich ging es auch um neue Wege im

Gemüsebau, um Fruchtfolgen und das Wirtschaften in geschlossenen Kreisläufen. Zwischen den offiziellen Themen drehten sich die Gespräche um Fragen aus der praktischen Landwirtschaft und die Herausforderungen, vor denen Junglandwirte stehen: zum Beispiel Hofübergaben, Zugang zu Land, verschiedene Arten der Bodenbearbeitung oder das Kombinieren landwirtschaftlicher Unternehmenszweige.

Was mich persönlich jedoch beeindruckt hat, war die allgemein durchscheinende und offen motivierte Haltung unter den Teilnehmern: Da machen sich junge Landwirte auf den Weg, die aufgeschlossen sind für gesellschaftliche Veränderungen und Erwartungen. Die sich nicht scheuen, ihre

Arbeit dieser Gesellschaft zu zeigen, die sich einen Bildungsauftrag auf die Fahnen geschrieben haben, um wieder Verständnis zu schaffen. Und zwar auf beiden Seiten. Sich Gedanken zu machen über Ernährungssouveränität und darüber, wie die politischen Herausforderungen für den Ökolandbau in unserer Zeit angegangen werden wollen, ist selbstverständlich. Es entstand das Gefühl, dass die auf Bundesebene ausgefochtenen Diskussionen der Interessensverbände kaum relevant sind. So wurde, ohne sich an Begrifflichkeiten zu stoßen, über die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft hierzulande diskutiert.

Das Klima auf dieser Konferenz war eines, aus dem sehr viel entstehen kann.

Basis: die gegenseitige Wertschätzung für Andere und andere Ansichten. Wie ermunternd, bei all den Befindlichkeiten im agrarpolitischen Bereich auf einen kleinen Teil der Szene zu stoßen, bei dem sich schon viel getan hat und der die Zukunft der Agrarlandschaft in Deutschland mitgestalten wird. Umso wichtiger scheint es mir, die Rahmenbedingungen für diese Menschen so zu gestalten, dass sie ihr Potenzial entfalten können und eine zukunftsfähige, ökologische Landwirtschaft auf den Weg bringen – und damit die Früchte ihrer Arbeit auf die Teller möglichst vieler Verbraucher.

*Peter Schmidt,
Berlin*

Viel gelernt

„Es bleibt nach wie vor nötig, nach Berlin zu fahren“

Martin Schulz, AbL-Bundesvorsitzender, steigt auch dies Jahr zur „Wir haben es satt“-Demo auf den Trecker

Unabhängige Bauernstimme: Auch dieses Jahr fährst du wieder stundenlang im Trecker auf holperigen Landstraßen nach Berlin zur „Wir haben es satt“-Demo. Warum machst du das?

Martin Schulz: Weil ich glaube, dass die Straße nach wie vor nötig ist, um die Agrarwende voranzubringen. Wenn wir uns jetzt zurückziehen, weil wir glauben, wir hätten doch die nötigen Veränderungen angestoßen und nun läuft es in der Diplomatie und den Institutionen nach unseren Vorstellungen, sitzt die Gegenseite schnell wieder auf dem Schoß der Politik. Sie ist nach wie vor der Ansicht, wir bräuchten keine grundsätzlichen Änderungen. Der Respekt vor der Straße ist wichtig, damit sich etwas bewegt. Es ist mühselig, immer wieder loszufahren, ich kenne das aus dem Widerstand gegen die Atomkraft, aber wenn wir nicht immer wieder aufgebrochen wären, hätte es auch nach Fukushima keinen Atomausstieg gegeben. Und für viele Leute ist die Straße der einzige Ort, an dem sie ihre Unzufriedenheit kundtun können. Es ist wichtig, immer wieder ein Zeichen zu setzen.

Bei welchen Themen müsste die Politik längst weiter sein?

Tierhaltung: Die verpflichtende Kennzeichnung, die hat schon der vergangene Bundesminister Schmidt nicht bearbeitet, und auch Klöckner wartet so lange, bis die Wirtschaft es in die Hand nimmt und ein System auflegt. Bodenverteilung: Seit 20 Jahren sind die Ungerechtigkeiten bekannt und be-

nannt. Die wenigen Gesetzesvorhaben, die etwas ändern könnten, scheitern an Lobbyseilschaften. Einseitige Fruchtfolgen, Artenschwund, Resistenzen – alles keine ganz neuen Entwicklungen, die durch politische Maßnahmen korrigiert werden können ...

Und dann ist da noch die Debatte um die Verteilung der EU-Agrargelder, auch hier gibt es noch genug starke Kräfte, die von Veränderung gar nichts halten.

Bauern und Bäuerinnen hadern damit, dass auf der Demo auch Tierrechtler und Naturschützer zum Teil sehr radikale Forderungen erheben ...

Ich sehe gerade die Tierrechtler sehr kritisch und fürchte mich auch davor, dass heimlich bei mir Kameras aufgehängt werden, die sicherlich zu bestimmten Zeiten auch mal schwierige Bilder machen könnten. Aber ich sehe auch, dass die Verstöße jetzt in den Schlachthöfen in Niedersachsen und Mecklenburg und die Verstöße in den Sauenställen des agrarindustriellen Straathoff in Sachsen-Anhalt nur verfolgt worden und vor Gericht gekommen sind, weil Tierrechtler sie öffentlich gemacht haben. Sie treiben den Staat vor sich her, der in seiner Funktion als Kontrollinstanz versagt. Es braucht leider immer wieder solche Bilder, damit etwas passiert.

Am Tag vor der „Wir haben es satt“-Demo hat der Kreis von „Wir machen Euch satt“ zu einer eigenen Aktion aufgerufen. Was sagst du Bauern und



In Berlin wieder auf der Straße

Foto: Riebandt

Bäuerinnen, die dahin fahren wollen?

Ich kann deren Ängste vor Veränderung verstehen. Sie stecken fest in einem System, was Politik und Wissenschaft ihnen seit Jahren eingepägt haben: immer billiger zu produzieren, um auch auf den Weltmärkten konkurrenzfähig zu sein. Viele Probleme, die dadurch entstehen, treffen in erster Linie die Bäuerinnen und Bauern, zum Beispiel der Artenschwund. Wenn bestimmte Arten in den Nahrungsketten verschwinden, sind es zuerst die Bäuerinnen und Bauern, die es im Ackerbau als Leidtragende merken. Sie brauchen Biodiversität, ein intaktes Bodenleben, um überhaupt wirtschaften zu können. Unser aller Lebensstil muss sich verändern und Landwirtschaft muss sich auch verändern. Wir müssen gemeinsam mit der Gesellschaft einen Weg finden, auch damit wir Bäuerinnen und Bauern nicht die sind, die immer am Pranger stehen. Den Weg finden wir nicht, wenn die Veränderungen in der Landwirtschaft, in den Ställen, auf dem Acker nicht wahrnehmbar und nur Kosmetik sind, so wie es der Bauernverband nach wie vor versucht. Und ich lasse auch das Argument nicht gelten, dass, wenn wir die Standards heben, alles nur noch billig erzeugt aus Osteuropa kommt. Wenn wir nicht eine Vorreiterrolle einnehmen, ändert

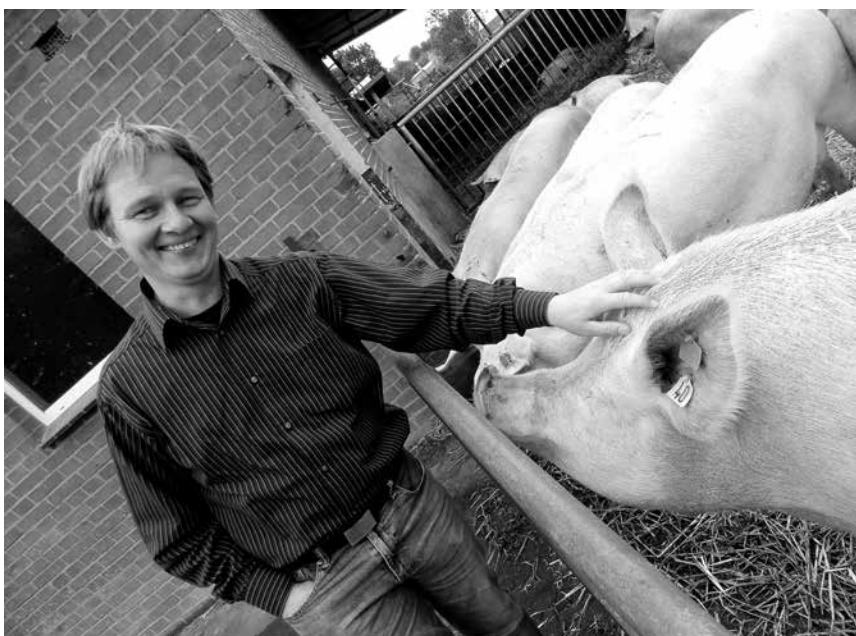
sich nie irgendwas, nirgendwo. Wir können es, weil wir die Mittel haben und eine Gesellschaft, die will.

Warum ist es 2019 besonders wichtig, zur „Wir haben es satt“-Demo zu fahren?

Im Mai wählen wir alle ein neues Europäisches Parlament, das die Weichen für die Gemeinsame EU-Agrarpolitik neu stellen kann, nein, muss! Die Agrarzahungen können ein wesentlicher Motor für Veränderungen sein, wenn sie ausgegeben werden für ökologische Leistungen, die Bäuerinnen und Bauern erbringen. Nach zwei Jahren mit extremem Wetter ist das nötiger denn je. Wir stellen fest, dass die Wissenschaftler mit ihren Zukunftsszenarien recht haben. Sie sagen auch, dass ab einem Temperaturanstieg von drei Grad das Klima nicht mehr beherrschbar ist, das möchte ich nicht ausprobieren. Das Ende der Menschheit wird der Zusammenbruch des Agrarökosystems sein, wird prognostiziert. Die Klimafrage ist eine Überlebensfrage, keine wirtschaftliche. Auch viele Bäuerinnen und Bauern wollen das immer noch nicht hören, deshalb ist es gerade unsere Aufgabe, es immer wieder zu betonen.

Vielen Dank für das Gespräch!

cs



Auch für Sauenhaltung auf Stroh fährt Martin Schulz nach Berlin

Foto: Schievelbein

Eine andere EU-Agrarpolitik ist möglich

Eindrücke von der Diskussion der jährlichen AbL-Wintertagung

Für eine soziale, ökologische Agrarreform und für ein demokratisches Europa" war das Motto, unter dem die diesjährige Abenddiskussion der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft stand. Auf dem Podium VertreterInnen aus Frankreich und Deutschland.

Welches sind die Anforderungen an eine zukünftige europäische Agrarpolitik? lautete die Einstiegsfrage von Moderator Ulrich Jasper an die nordrhein-westfälische Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, Ursula Heinen-Esser. Diese bekannte sich ohne Umschweife zu ihrer aktuellen Frustration beim Thema GAP (Gemeinsame Agrarpolitik). Sechs Monate intensiver Verhandlungen lagen hinter ihr, darunter zahlreiche Verhandlungen mit den Agrarministern der Länder, mit dem EU-Kommissar für Haushalt und Personal, Günther Oettinger, und dem EU-Agrarkommissar Phil Hogan, und doch verdichteten sich die Signale, dass die GAP bis Mitte Mai nicht zu verabschieden sei. Durch die anstehenden Wahlen zum Europaparlament würde es zu langen Verzögerungen kommen und neben einer neuen Kommission würde gegebenenfalls auch ein neuer Agrarkommissar die Verhandlungen mit vielleicht ganz neuen Vorschlägen fortführen. Letztendlich sei auch durch den aufgrund des Brexits geringeren Haushalt unklar, inwieweit ökologische Themen so erhalten blieben wie bisher. Nach dieser kurzen Einschätzung der aktuellen Verhandlungssituation wurde Heinen-Esser konkreter und umriss ihre Forderungen für eine zukünftige europäische Agrarpolitik: „Ich möchte, dass die finanzielle Ausgestaltung der GAP auf dem aktuellen Niveau bleibt“, so die Agrarministerin, „auch möchte ich keine überproportionalen Kürzungen in der zweiten Säule.“ Heinen-Esser distanzierte sich damit deutlich von den Ambitionen des EU-Haushaltskommissars, der sowohl Kürzungen als auch eine Umverteilung als notwendig erachtet. Zu einer Beibehaltung einer zusätzlichen Förderung der ersten Hektare bekannte sich Heinen-Esser ebenso wie zur Möglichkeit einer Kappung. Damit vor dem Hintergrund der immer stärker auf Exporte ausgerichteten Fleischindustrie die Tierhaltung nicht in einem ökonomisch angetriebenen Wettlauf hin zum niedrigsten Niveau verkomme, müsse man Leitplanken schaffen, die



Ein international und prominent besetztes Podium: v.l. Phillip Brändle, Aurélie Catallo, Ulrich Jasper und Ursula Heinen-Esser Foto: Nürnberger

Standards beim Tierwohl festschrieben. Mit Blick auf NRW will die Ministerin die angestoßenen Entwicklungen in der Nutztierhaltung vorantreiben, sich für einen Schutz des Grundwassers gegen Nährstoffeinträge engagieren und die Biodiversität und den Artenschutz fördern. Hier sollen vor allem mithilfe von Agrarumweltmaßnahmen aus der zweiten Säule für die Landwirte Anreize zu einer umweltverträglichen Bewirtschaftung geschaffen werden. In diesem Zusammenhang ist wohl auch die Ankündigung zu verstehen, zukünftig den Ökolandbau, der derzeit in NRW bei circa sieben Prozent liegt, weiter auszubauen.

Eine andere Agrarpolitik

Eine ganz andere Sicht auf die aktuellen Verhandlungen in Brüssel hatte Aurélie Catallo, Koordinatorin der Plattform „Pour un autre PAC“ (Für eine andere GAP). 33 Organisationen haben sich in Frankreich bei Pour un autre PAC zusammengeschlossen, um für eine bessere – eine gerechtere und grünere – GAP zu arbeiten. „Es geht um eine Evolution, nicht um eine Revolution“, machte Catallo gleich zu Anfang deutlich. Konkret wendete sie sich gegen pauschale Flächenzahlungen, die Heinen-Esser kurz zuvor noch als „Basisabsicherung“ der Landwirte verteidigt hatte. Neben einer Qualifizierung forderte Catallo einen schrittweisen Ausstieg aus dem bisherigen Modell bis 2027. Es sei an der Zeit, die GAP zu

demokratisieren. Die GAP, so Catallo, sei eine Politik, die alle Bürger betreffe. „Die Gesellschaft in den EU-Ländern will eine Förderung der Umwelt und von kleinen Betrieben“, so Catallo. Für Pour un autre PAC steht deshalb auch die Ernährungssouveränität, im Gegensatz zu einer immer stärkeren Exportausrichtung, als ein Hauptziel der GAP fest. Vor allem in Frankreich sei Tiererschutz ein wichtiges Thema. „Tiererschutz muss unbedingt starker berücksichtigt werden, in Frankreich ist dieser derzeit abwesend“, so Catallo. Die Koordinatorin sprach sich darüber hinaus klar für eine Deckelung der Zahlungen je Arbeitskraft und gegen eine Zahlung für eine private Risikoabsicherung aus. Die Agrarumweltmaßnahmen, so Catallo, seien das Werkzeug, um einen Übergang zu einer ökologischen Landwirtschaft zu gestalten.

Zahlungen qualifizieren

Wie eine Weiterentwicklung der derzeit pauschal an der Fläche ausgerichteten Agrarzahllungen aussehen könnte, verdeutlichte Phillip Brändle vom AbL-Bundesvorstand mit dem AbL-Punktemodell. Der Ansatz, so Brändle, beziehe sich auf eine Qualifikation von Geldern der ersten Säule und solle nicht die Agrarumweltmaßnahmen aus der zweiten Säule ersetzen. „Er besteht aus drei Teilen: einer Flächenprämie, einer Tierprämie und einer Basisprämie“, erläuterte Brändle. In jedem der Teile sind einzelne Maßnahmen, die zum

Großteil über den aktuellen Agrarantag oder die Tierdatenbanken erfasst werden, mit Punkten hinterlegt. Im Bereich der Flächen fließen beispielsweise die Zahl der angebauten Kulturen, die Flächengröße, der Grünlandanteil und der Anbau von Leguminosen in die Berechnung ein. In der Tierhaltung sind es unter anderem der Tierbesatz, das Platzangebot, Weidegang oder der Verzicht auf gentechnisch veränderte Futtermittel. Zusätzlich zu der Flächen- und Tierprämie wird ein weiterer Anreiz zur Orientierung der Betriebe an den gesellschaftlichen Anforderungen durch eine Basisprämie geschaffen, die insbesondere kleinere Strukturen fördert. „Die Basisprämie errechnet sich je Betrieb, indem für die ersten 30 Hektar je Betrieb und für die ersten 30 Großvieh-Einheiten je Betrieb ein Prämienaufschlag erfolgt“, erläuterte Brändle. Die jetzigen GAP-Vorschläge ermöglichen eine direkte Umsetzung dieses Modells innerhalb der vorgesehenen Regelungen der Ecoschemes, erläuterte Brändle.

Zu scharf

Die Agrarminister seien bei ihren Diskussionen auf der Linie einer Beibehaltung des aktuellen Fördersystems, erklärte Frau Heinen-Esser, die aktuell den Vorsitz der Agrarministerkonferenz hat. Wichtige Anforderungen seien eine bessere Kontrollierbarkeit und ein weniger bürokratisches System,

Fortsetzung auf Seite 12 unten

Bäuerliche Prinzipien im Handel durchsetzen

Vermarktungsinitiativen auf der AbL-Mitgliederversammlung

Die Wertschöpfung auf den Höfen, auf bäuerlichen Betrieben, zu schaffen, ist der Antrieb für Oswald Henkel gewesen, vor über 20 Jahren in seinem Bundesland Hessen die Direktvermarkter zu organisieren. Der Biobauer, der nach wie vor mit Verkaufswägen auf Märkten in Frankfurt steht, gründete die Vereinigung der Hessischen Direktvermarkter (VHD), auch nachdem er feststellen musste, dass auf Bauern- und Wochenmärkten immer mehr Produkte nicht mehr von den Höfen, sondern vom Großmarkt verkauft wurden. 2005 kam dann mit Rewe einer der großen konventionellen Lebensmitteleinzelhandelskonzerne auf ihn zu. Im Zuge der sich verändernden Ansprüche der Kundschaft suchte der Kölner Konzern nach der Möglichkeit, regionale und transparente Angebote zu machen. Ob es ein Marketing-Gag oder echter Veränderungswillen ist, mag wie bei allen Initiativen, mit denen der konventionelle Lebensmitteleinzelhandel (LEH) gerade auch Bauern und Bäuerinnen verblüfft und ein Stück weit verunsichert, nach wie vor nicht ausgemacht sein. Mit dem Konzept Landmarkt entstand jedenfalls eine bislang einzigartige Initiative in Deutschland für hessische Bauern und Bäuerinnen, konventionelle wie biologisch wirtschaftende, die es ihnen ermöglicht, ihre handwerklich hergestellten Produkte in Rewe-Märkten der Umgebung zu vermarkten. „Wir wollten die Verantwortung bis zur Ladentheke behalten“, erklärt Henkel auf der AbL-Mitgliederversammlung (MV) in einem Arbeitskreis zur Vermarktung. Man habe es damals geschafft, „auf Augenhöhe“ mit Rewe bestimmte „Spielregeln“ auszuhandeln, nach denen sich bis heute gerichtet werde, so Henkel. Entscheidend sei nach wie vor, dass die

Bauern und Bäuerinnen den Preis kalkulierten und Rewe seine Marge von 20 bis 25 % draufschlage. In 200 Rewe-Märkten würden inzwischen 4.500 Artikel des Landmarkt-Programms angeboten. Rewe bestimme, welche Märkte mit welchen Produkten mitmachen, dann werde unter den VHD-Mitgliedsbetrieben ausgeschrieben, erklärt Henkel. Bei der Entscheidung, wer am Ende liefern dürfe, achteten sie im Vorstand auch auf eine gerechte Verteilung und darauf, dass alle zum Zuge kämen. Manchmal gehe es darum, einen neuen oder kleineren ranzulassen, auch wenn ein größerer, etablierter Betrieb es beispielsweise logistisch besser leisten könne. Wichtig sei, dass es dem LEH nicht gelingen dürfe, die Bauern und Bäuerinnen gegeneinander auszuspielen und dass viele bäuerliche Betriebe ihre Chance bekämen, so Henkel. „Wir merken auch, dass Rewe gerade ein bisschen nervös wird“, weil die Mitbewerber besonders im Fleischbereich eigene Programme auflegten. Da geht es dann weniger um Regionalität als um Erzeugungsstandards. Wie weit Landmarkt irgendwann auch von so einer Entwicklung betroffen sein werde, sei offen, so Henkel. Eine Zwischenbilanz aus mehr als zehn Jahren Landmarkt: „Die Landwirte müssen organisiert werden im Umgang mit dem LEH.“ Es gibt hier einen Bedarf an Austausch, das wurde deutlich in dem Arbeitskreis auf der AbL-MV. Dort stellten auch die Neuland-Fleischvermarkter aus Westfalen und Baden-Württemberg ihre Erfahrungen vor.

Feste Preise

„Der Handel macht Politik“, umriss Hugo Gödde, langjähriger AbLer und Neuländer, wie sich die Situation ver-

forderte, das Punktemodell nicht einfach abzutun. Mit Blick auf den in NRW von Heinen-Esser initiierten Prozess von Umweltschutz- und Landwirtschaftsverbänden forderte er eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Ansatz, der neben landwirtschaftlichen Kriterien eben auch gesellschaftliche Anforderungen beinhalte. „Wir setzen uns zusammen, auch mit der Landwirtschaftskammer, und sprechen das mal durch“, war das locker formulierte, aber durchaus ernst gemeinte Angebot der Ministerin, das Brändle gerne annahm. mm



Verkaufsautomat: Innovative Vermarktungswege nicht nur beim LEH

Foto: Schievelbein

ändert. Eine Gesellschaft, die sich vermehrt dafür interessiere, wie Nutztiere gehalten und Fleisch erzeugt werden, und eine Politik, die da keine Transparenz schaffe, lasse den Handel aktiv werden. Jeder lege Programme auf und wahrscheinlich ab 2019 werde man sich auf eine einheitliche Haltungskennzeichnung geeinigt haben, so seine Situationsbeschreibung. Gödde erläuterte auch einmal mehr, wie besonders in der Welt des Handels der Ansatz von Neuland in seinen Anfängen war und wie er es auch nach wie vor sei: einen festen Preis einzuführen, der von dem Bedarf der Bauern und Bäuerinnen her kalkuliert ist. Metzger, Großküchen und nun auch Aldi, die artgerechte Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen – den Neuland-Markenkern – verkaufen wollen, müssten bereit sein, in dieser Frage mitzugehen. Die Skepsis, dass Aldi Neuland nur als billige PR wolle, sei, so Christoph Dahmann, Geschäftsführer der Erzeugergemeinschaft in Westfalen, am Anfang groß gewesen. Aber die Abnahme ganzer Tiere zu festen Preisen über eine Laufzeit von fünf Jahren schaffe Planungssicherheit und stärke Bauerninteressen. Ähnliches

berichtete Hans Möhrle von der Erzeugergemeinschaft der Neuland-Bauern und -Bäuerinnen in Baden-Württemberg. Aber diese hatte sich beim Einstieg in den konventionellen LEH – in dem Fall Edeka-Südwest – bewusst dagegen entschieden, den Namen Neuland an die Handelskette zu geben. Das Fleisch wird unter der Edeka-Marke Hofglück mit dem Tierschutzbund-Label Premiumstufe vermarktet. Verträge über zehn Jahre bieten noch mehr Sicherheit, trotzdem bleibe natürlich immer die Frage, was passiere, wenn es keine Steigerungen, sondern Stagnation oder gar ein Absinken der Nachfrage gebe. Zumal, so Neuland-Vereinsgeschäftsführer Torsten Walter, das Metzgergeschäft eher abnehme, weil der Strukturwandel dort noch stärker zum Tragen komme als bei den Bauern und Bäuerinnen. Oftmals hänge es wohl daran, dass die richtigen Personen zusammengetroffen seien, wenn ein Projekt gut laufe, fasste AbLer Karl-Friedrich Osenberg zusammen und regte an, die AbL solle die Vernetzung der unterschiedlichen Initiativen in die Hand nehmen. cs

Fortsetzung von Seite 11

so die Ministerin. Übereinstimmte sie mit Catallo und Brändle in der Einschätzung, dass öffentliches Geld nachvollziehbar und öffentlich kontrolliert verwendet werden müsse. Ihre direkte Reaktion auf das vorgestellte Punktemodell: „So ein System ist mir zu scharf.“ Unter anderem bezweifelte Heinen-Esser die Kontrollierbarkeit und befürchtete einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand. „Wir wollen unseren Beitrag zur Ökologisierung und Verbesserung der Tierhaltung leisten“, entgegnete Phillip Brändle und

Geschlechtergleichheit – ein Thema, das für alle relevant ist

Bericht vom Frauen*Männer*Workshop auf der AbL-Mitgliederversammlung in Buchenau

Immer wieder in den vergangenen Jahren gab es innerhalb der AbL Bestrebungen, sich lokal wie bundesweit stärker als Frauen*-Gruppe zu vernetzen. Angestoßen durch Impulse aus der Frauenbewegung der Österreichischen Berg- und Kleinbauernvereinigung (ÖBV) und der Europäischen Koordination von La Via Campesina (ECVC) hat es im vergangenen Herbst erstmalig ein bundesweites Frauen*-Treffen in Franken gegeben. Dieses Treffen hat einen Auftakt dargestellt für mehr Aktivität im Bereich Frauen*- und Geschlechterdiskussionen.

Aktive Mitarbeit

Im Rahmen der AbL-Bundesmitgliederversammlung gab es einen Frauen*Männer*Workshop, zu dem alle Menschen eingeladen waren, um sich dort zum Thema Geschlechtergleichheit in der Landwirtschaft auszutauschen. Eines der Ziele dieses Workshops war, die aktuelle Bewegung hin zu mehr Räumen für Frauen* in der und um die AbL zu thematisieren. Nach einer kurzen Einführung folgte ein kreativer Selbsterfahrungsteil mit einer Methode aus dem „Theater der Unterdrückten“ von Augusto Boal, bei dem die Teilnehmer*innen zuerst in sich selbst hinein spüren und versuchen, die Antwort auf eine Frage pantomimisch darzustellen. Die Einzeldarstellungen werden anschließend in klei-

nen Gruppen vorgestellt und diskutiert, um dann daraus ein gemeinsames Standbild zu formen, bei dem einige Gruppenteilnehmer*innen zueinander so positioniert werden, dass daraus ein lesbare Eindruck für die Betrachter*in entsteht. Bei der ersten Frage „Wie nehme ich mich im Spannungsfeld der Geschlechter (in der Landwirtschaft) wahr?“ wurde unter anderem angesprochen, dass es eine Diskrepanz zwischen der Eigen- und der Außenwahrnehmung geben kann. Zum Beispiel bei Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts eher der Gruppe der Akteure/Täter zugeordnet werden, kann es Widersprüche zum eigenen Selbstbild geben. Aber auch die Opferzuweisung ist nicht unbedingt deckungsgleich mit der Eigenwahrnehmung – „Werde ich als Frau gelesen oder lasse ich mich als Frau lesen?“ war eine Frage, die sich auftut und hervorhebt, dass die Diskriminierungsmuster in uns allen tief verankert sind und häufig eine klare Zuweisung von Schuld oder Ursache nicht direkt möglich ist.

Interaktiv

Mit der anschließenden Frage „Was muss sich verändern, damit es zu einer positiven Entspannung kommt?“ waren die Teilnehmer*innen dazu aufgefordert, das Standbild zu verändern und damit Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. In dieser Phase der Gruppenarbeit kam zum Ausdruck, dass die

häufig auftretende Situation, in denen Menschen sich zwar physisch begegnen, sich jedoch nicht als ganzen Menschen wahrnehmen und es dadurch zu Unsicherheiten kommt (Wer bin ich?), durch offenes Zuwenden gebrochen werden kann (Wer bist du? Ich nehme dich wahr.). Ein anderer Aspekt war das aktuell vorherrschende Ungleichgewicht und die unstimmgige Anspannung zwischen den Geschlechtern, welche sich aber zu entspannter Gleichwertigkeit entwickeln kann. Dabei stand explizit ein binäres Geschlechtermodell weniger im Fokus als ein insgesamt gleich wertendes – oder gar nicht bewertendes – Wahrnehmen von jeglicher Geschlechtsform.

Diesen Aspekt vertiefte Sophie von Redeker in ihrem Input-Vortrag über queeren Feminismus und erwähnte dabei einige spannende Zahlen zur Situation von Frauen* in der Landwirtschaft. „Queer“ war in der englischen Sprache ursprünglich ein Schimpfwort für alle diejenigen, die sich nicht in die Kategorien „Mann“ und „Frau“ einsortieren lassen. Später eignete sich die Bewegung den Begriff an. Queer steht nun als Überbegriff für LGBTIQ (LesbianGayBisexualTransInterQueer), also für die ganze Vielfalt an Geschlechtsformen und sexueller Orientierung. Aus Statistiken geht hervor, dass ein erheblicher Anteil der Bevölkerung (7 bis 10 %, wobei die Dunkelziffer noch höher liegen dürfte) sich selbst

als queer identifiziert. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass dieser Anteil in manchen Bevölkerungs- oder Berufsgruppen geringer sein sollte als in anderen, jedoch fällt auf, dass Queer-Sein in landwirtschaftlichen Kontexten oft nicht sichtbar ist.

Patriachale Strukturen

Queer-Feminismus bezieht sich darauf, in der Bewegung für Geschlechtergleichheit einen Hauptfokus auf die Abwendung vom Patriarchat zu legen und der über Jahrhunderte andauernden Unterdrückung von weiblich gelesenen Menschen besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Ein eindrückliches Zahlenbeispiel für diese, in der Landwirtschaft immer noch oft reproduzierte, Ungleichheit ist der Anteil von 25 % Frauen* in der Ausbildung, aber nur noch von 7 % unter den Betriebsleiter*innen. In der anschließenden Diskussion gab es ein Plädoyer für sowohl mehr geschützte Räume nur für Frauen* als auch für Räume, die offen sind für Menschen aller Geschlechter, die sich mit dem Thema der Geschlechtergleichheit weiter befassen. Im Großen und Ganzen war im Workshop spürbar, welche Wichtigkeit die Auseinandersetzung mit dem Thema auch für das Brechen von patriarchalen Strukturen hat und wie relevant sie dadurch für alle Menschen ist.

Mareike Artlich,
junge AbL

Das *Sternchen

Um auch in der geschriebenen Sprache der Geschlechtervielfalt gerecht zu werden, gibt es mittlerweile verschiedene Schreibweisen, um sowohl Frauen und Männer, als eben auch alle Geschlechtsformen, die nicht klar einer dieser beiden Fraktionen zuzuordnen sind, anzusprechen. Immer häufiger ist in Texten und sogar in wissenschaftlichen Publikationen die Rede von Bäuer*innen, ImkerInnen oder Hirt_innen. Wir haben uns hier für die *Schreibweise entschieden. Das Sternchen macht deutlich, dass wir mit dem Wort Bäuer*innen die ganze Bandbreite von Geschlechtsformen meinen und eben nicht nur alle männlichen und alle weiblichen Menschen, die Landwirtschaft betreiben. Dadurch wird endlich auf dem Papier sichtbar, dass wir uns bewusst sind, dass es nicht nur die klassisch weibliche Bäuerin oder den Bauern gibt, und dass wir alle Menschen ansprechen, unabhängig von ihrem Geschlecht und unabhängig davon, wie sie ihr Geschlecht jeweils leben!



Der neu gewählte AbL-Bundesvorstand (v.L.): Phillip Brändle, Claudia Schievelbein, Jan Wittenberg, Martin Schulz, Reiko Wöllert, Elisabeth Wai-zenegger und Lucia Heigl (nicht im Bild: Elisabeth Freesen)
Foto: Nürnberger

Viele Rechte und kaum Pflichten

Die Auswirkungen von Konzernklagen auf die Landwirtschaft

Tuberkulose bei Mitarbeitern

Im Landkreis Cloppenburg ist ein Mitarbeiter eines Schlachthofes in Emstek an Tuberkulose (TBC) gestorben. Zwei weitere Mitarbeiter des Schlachthofes sind an TBC erkrankt. Die Krankheitsfälle waren bereits im September und Oktober gemeldet worden. Im Landkreis Cloppenburg gibt es weitere erkrankte Mitarbeiter eines anderen Schlachthofes. Bei den Erkrankungen sei unklar, wo sich die Infizierten angesteckt haben. Nach Angaben der Sprecherin des Landkreises gehe keine Gefahr von den Fleischerezeugnissen des Schlachthofes aus, da es bisher noch keine Verbreitung der Infektion über Fleisch gegeben habe, sondern die Krankheit meist von Mensch zu Mensch übertragen werde. Trotzdem müssten die MitarbeiterInnen des betroffenen Schlachthofes aktuell mit Mundschutz arbeiten. Der Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gasstätten Oldenburg, Matthias Brümmer, kommentierte die Vorfälle gegenüber der dpa mit „Das System ist auf Ausbeutung ausgelegt, krank und kaputt.“ *sg*

Bitter und nicht süß waren die Auswirkungen, die der Bau einer großen Zuckerrohr- und Ethanolplantage auf die lokale Bevölkerung in Tansania hatte. Das schwedische Unternehmen AcroEcoEnergy hatte dort Investitionen in 20.000 Hektar Land getätigt – ohne Konsultation der lokalen Bevölkerung und einhergehend mit Vertreibungen von über 1.500 Menschen und der Zerstörung von Flora und Fauna eines Nationalparks. Als die tansanische Regierung von dem Unternehmen forderte, etwa 3.000 Hektar der Fläche, die zu dem Nationalpark gehörte, zu renaturieren, kam das Projekt zu seinem Ende. 2016 klagte der Konzern und forderte Entschädigung von der tansanischen Regierung. Er lancierte eine Investor-Staat-Klage, deren Ergebnis noch aussteht. Diese sogenannten Konzernklagerechte (Investor-State-Dispute-Settlement – ISDS) sind in Handels- und Investitionsabkommen enthalten. Unternehmen bekommen damit das Recht, Staaten auf Entschädigungszahlungen zu verklagen, wenn sie ihre Profite durch Gesetze, z. B. zum Schutz der Umwelt oder der Menschenrechte, gefährdet sehen. Sie klagen dann vor intransparenten Schiedsgerichten, denen drei JuristInnen als sogenannte SchiedsrichterInnen vorsitzen. Wenn ein Staat verliert, müssen die Steuerzahler für die Entschädigungszahlungen aufkommen. Mittlerweile gibt es 904 bekannte Fälle, alleine 2017 kamen 72 hinzu, Tendenz steigend. Aufgrund massiver öffentlicher Kritik an dem alten Ansatz des Investorenschutzes hat die EU in den letzten Jahren begonnen, eine Reform der Schiedsgerichtsinstitutionen und -verfahren umzusetzen. Dies betrifft aber nur die Art und Weise, wie die Streitschlichtung geführt wird. Gleichzeitig werden die Reichweite und materiellen Rechte der Investitionskapitel nicht abgeschwächt, sondern eher noch ausgeweitet. Trotz einiger prozeduraler Verbesserungen bleiben die Kernkritikpunkte von ISDS auch bei dem „reformierten“ System unangetastet. Weiterhin haben ausländische Investoren größere Rechte als andere VertreterInnen der Gesellschaft. Nur sie können Klagen anstreben. Die ausländischen Investoren erhalten zwar weitreichende Rechte, aber im Gegenzug keine Pflichten, beispielsweise im Bereich der Menschenrechte oder des Umweltschutzes, die einklagbar wären. Die Opfer der Vertreibungen hätten also keine Klage gegen AcroEcoEnergy anstreben können. Von den 904 derzeit bekannten ISDS-Klagen lassen sich immerhin 88 dem Agrar- bzw. Lebensmittelbereich zuordnen. Auch wenn in vielen Fällen Län-

der des Globalen Südens betroffen sind, werden regelmäßig auch Industrieländer von großen Konzernen verklagt. So wie in den folgenden Fällen:

Cargill vs. Polen

2008 gewann der Konzern Cargill eine ISDS-Klage gegen Polen aufgrund des bilateralen Investitionsschutzabkommens zwischen Polen und den USA. Cargill stellt in Polen Isoglucose her, einen aus Weizen gewonnenen Süßstoff. Im Rahmen des EU-Beitritts beschloss Polen neue Produktionsquoten für Süßungsmittel, um nationale Gesetze mit der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU in Einklang zu bringen. Cargill fühlte sich dadurch diskriminiert, enteignet und reichte eine ISDS-Klage ein. Das Unternehmen bekam eine Entschädigungssumme von 16,3 Mio. US-Dollar zugesprochen. Zahlen mussten die polnischen Steuerzahler.

Dow AgroSciences vs. Kanada

2009 reichte der US-Saatgutgigant Dow AgroSciences eine ISDS-Klage gegen Kanada (aufgrund des NAFTA-Abkommens) ein und verlangte zwei Millionen US-Dollar Schadenersatz. Die kanadische Provinz Quebec hatte das toxische Pestizid 2,4-D verboten, da dieses nachweislich zu erhöhten Krebsraten und Geburtsdefekten führt. Zwar urteilte das Schiedstribunal, dass Quebec keine Entschädigung zahlen müsse. Aber die Regierung musste offiziell verkünden, dass 2,4-D kein Risiko für Menschen und Umwelt darstelle, wenn die Gebrauchsanweisung korrekt befolgt werden würde. Dow AgroSciences bewertete diese Entscheidung als einen Erfolg. Das Urteil kann abschreckend auf andere Regierungen wirken, die dieses Pestizid ebenfalls verbieten wollen. So werden Initiativen, die strengere Regulierungen zum Schutz der BürgerInnen durchsetzen wollen, im Keim erstickt und die Entscheidungen demokratisch gewählter VolksvertreterInnen werden durch Konzerninteressen ausgehebelt. Oftmals enden Konzernklagen also nicht mit einer Verurteilung des Staates auf Schadenersatz, sondern die Parteien einigen sich auf einen Vergleich, bei dem nicht nur Geld fließt, sondern auch Zugeständnisse gemacht werden, die die regulatorischen Möglichkeiten des Gesetzgebers einschränken beziehungsweise Verordnungen zum Schutz der Umwelt und VerbraucherInnen verhindern oder rückgängig machen. So gibt die Datenbank der UNCTAD im September 2018 an, dass in 36,5 % der Fälle der Staat gewinnt, in 27,9 % der Fälle der Investor. So



Justitia muss auch im Handel unabhängig handeln können
Foto: Weber/pixelio

könnte man meinen, dass Staaten sehr wohl auch von vermeintlich voreingenommenen Schiedsgerichten Recht zugesprochen wird, sogar häufiger als den Unternehmen. Allerdings wurden 22,8 % der Fälle anders beigelegt als durch einen Urteilsspruch. Dies bedeutet entweder eine finanzielle Einigung zwischen den Streitparteien, oder aber die Regierung kommt dem Unternehmen entgegen, indem sie Zugeständnisse bei dem geplanten oder eingeführten Gesetz macht. Ein gutes Beispiel hierfür ist der oben genannte Fall. Gleichzeitig können nur Unternehmen Klagefälle einreichen, die dann von AnwältInnen verhandelt werden, die finanziell von möglichst vielen Fällen profitieren. Somit ist eine Unabhängigkeit der JuristInnen nicht zweifelsfrei gegeben.

Gegen Konzernklagerechte

Viele gute Gründe also, sich gegen Konzernklagerechte einzusetzen und für eine gerechte Handels- und Investitionspolitik zu streiten. Das wollen wir als Netzwerk Gerechter Welthandel auch 2019 wieder tun. Deshalb werden wir uns an einer EU-weiten Kampagne beteiligen mit dem Ziel, die umstrittenen Sonderklagerechte für Konzerne endgültig abzuschaffen und stattdessen Konzerne stärker zur Einhaltung von Menschenrechten, Umwelt- und Sozialstandards zu verpflichten.

Alessa Hartmann ist Referentin für internationale Handelspolitik bei PowerShift e.V.
www.gerechter-welthandel.de

Wer ist schon gegen Innovation?

Wie die Industrie versucht, das Vorsorgeprinzip auszuhebeln

Innovationen an sich sind nichts Negatives. Die Frage ist aber, wem sie dienen, welche sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen sie für die Gesellschaft und die Natur haben, welche Entwicklungen sie ermöglichen und eben auch, welche sie behindern. Bäuerinnen und Bauern müssen sich auf ihrem Hof ständig verändernden Herausforderungen stellen. Dabei gilt es, die Ursachen von Problemen zu ermitteln und vorausschauende und nachhaltige Lösungen umzusetzen oder selber zu entwickeln. Erfahrungen und bäuerliches Wissen sind dafür maßgeblich. Die Versprechen der Industrie sind groß. Ihre Produkte sollen das Arbeiten erleichtern und die Produktion effizienter machen. Wettbewerbsfähigkeit am Markt ist das Stichwort. Manche Lösungen, die zunächst einfach und vielversprechend aussehen, können unabsehbare Folgen für das landwirtschaftliche System und die Umwelt haben. Diese Langzeitfolgen werden nach wie vor viel zu wenig betrachtet. Die Folgekosten, beispielsweise für Trinkwasserverunreinigungen oder für die langfristige Entsorgung des Atom- mülls, werden nach wie vor der Gesellschaft aufgebürdet.

Europäisches Vorsorgeprinzip

Europa hat aus den Folgewirkungen und problematischen Nebenwirkungen von technischen Innovationen (Stichwort DDT, Atomenergie, Contergan, FCKW etc.) gelernt. Nach jahrelanger harter Arbeit und Druck aus der Zivil-

gesellschaft wurde das Vorsorgeprinzip als eines der Grundelemente der Umweltpolitik in Deutschland und in Europa etabliert. So findet sich das Vorsorgeprinzip als eines der Primärrechte der EU im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Art. 191 AEUV). Es liegt beispielsweise dem europäischen Chemikalienrecht und dem Gentechnikrecht zugrunde. Ziel der EU-Regeln für den Umgang mit Risiken im Bereich der Lebensmittelerzeugung ist es, ein hohes Schutzniveau für Mensch und Umwelt zu erreichen. Das Vorsorgeprinzip kommt also insbesondere dann zur Anwendung, wenn es darum geht, mit Unsicherheiten und Nichtwissen in der Risikoabschätzung umzugehen, weil weder der eindeutige Nachweis für Gefahren noch für die Sicherheit von Produkten vorliegt. Dieses Vorsorgeprinzip ist jüngst durch das EuGH-Urteil zu neuen Gentechnikverfahren gestärkt worden. Aus Vorsorgegründen, weil Risiken der neuen Techniken mit denen der alten Gentechnik vergleichbar sein könnten und weil es noch keine langen (Sicherheits-) Erfahrungen mit diesen neuen Gentechniken gibt, müssen sie nach dem Gentechnikgesetz reguliert werden, also unter anderem einer Risikobewertung, einem Zulassungsverfahren, einer Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und Monitoring unterzogen werden.

Innovationskraft stärken

Solch „umfassende“ Regulierung ist der (Agrar-)Industrie schon lange ein

Dorn im Auge. Sie sieht die europäische Forschung zwar als Ausgangspunkt innovativer Ideen, diese würden aber anderswo zu marktfähigen Produkten entwickelt. Deshalb solle sich Brüssel besonders der Aufgabe widmen, die Innovationskraft der Wirtschaft zu stärken, schrieb der damalige Präsident des VCI (Verband der Chemischen Industrie) und gleichzeitiger Bayer-Chef, Dr. Marijn E. Dekkers, 2015 an die EU-Kommission. Dazu sei es notwendig, bei neuen Gesetzen nicht nur mögliche Folgen für Gesundheit und Umwelt zu prüfen, sondern auch Folgen für das „Innovationsklima“. Die politische Abschätzung von Chancen und Risiken müsse ausgewogen sein, sonst sei technischer Fortschritt kaum möglich. Schon seit 2013 (interessanterweise wenige Monate nach Beginn der TTIP-Verhandlungen) und verstärkt seit 2015 versuchten verschiedene Industrievertreter ein Pendant zum Vorsorgeprinzip zu etablieren. Geschäftsführer von multinationalen Unternehmen wie BASF, Bayer, Deere & Company, Dow Chemical, DowAgroScience, Syngenta und Yara unterzeichneten Briefe an die EU-Kommissionspräsidenten, in denen sie die Etablierung eines Innovationsprinzips im Bereich des Europäischen Risikomanagements und in der Regulierungspolitik forderten. Unterstützung bekamen sie vom Europäischen Risikoforum (ERF), einem in Brüssel ansässigen Think Tank, der forderte, dass die politischen und legislativen Initiativen der EU systematisch anhand einer Innovations-Checkliste bewertet und den Interessengruppen durch regelmäßige Konsultationen bei der Gestaltung neuer Regeln ein besserer Zugang gewährt werden sollte.

Vorsorgeprinzip als Fußnote?

Im Mai 2016 wurde das Innovationsprinzip auf der Tagung des EU-Rates für Wettbewerbsfähigkeit in die Schlussfolgerungen des Rates aufgenommen – ein „Durchbruch“ bei der offiziellen Anerkennung. Innerhalb des Rates wurde unter den Ländern diskutiert, ob Formulierungen aufgenommen werden sollten, um klarzustellen, dass die Forderung nach dem „Innovationsprinzip“ die Autorität des Vorsorgeprinzips nicht untergräbt. Letztendlich wurde dem Text der Schlussfolgerungen des Rates eine eigentümliche Fußnote hinzugefügt, in

der es heißt: „Der Rat erinnert an das Vorsorgeprinzip.“

Better regulation

2017 richtete die Generaldirektion Forschung eine interne Task Force „Innovationsprinzip“ ein. Diese entwickelte Leitlinien zur „besseren Rechtsetzung“. Ein Ziel bestand darin, die Kosten für die Einhaltung der Regulierungsvorschriften durch die Industrie zu senken und eine stärkere Konsultation mit „Interessengruppen“ zu etablieren. „Die Industrie hat es sehr klug und leise geschafft, etwas, das als legitim erscheinen könnte, in den Mainstream-Gedanken zu bringen. Sie wissen: Wer ist gegen Innovation, Wachstum und Arbeitsplätze?“, kommentierte dies Geert Van Calster, Professor an der Universität von Leuven, der eine Publikation über die Gefahren des Innovationsprinzips verfasste.

Horizont Europa

Aktuell hat das Europäische Parlament im Dezember über eine neue Verordnung zum nächsten EU-Forschungsrahmenplan „Horizon Europe“ für 2021 bis 2027 abgestimmt. Im Verordnungstext wird an zwei Stellen auf das „Innovationsprinzip“ verwiesen. Dies hat die Corporate Europe Observatory (CEO), eine Kampagnenorganisation, die den Unternehmenseinfluss bei der EU-Politikgestaltung aufzeigt, öffentlich gemacht. Der Berichterstatter und die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden von verschiedensten Seiten, u. a. auch der AbL, aufgefordert, das Innovationsprinzip aus dem Text zu streichen. Dies wäre das erste Mal, dass das Prinzip in einem europäischen Legislativvorschlag explizit erwähnt wird.

Das Parlament ist der Aufforderung der NGOs nicht gefolgt. Nun folgen die Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten. Die Bundesregierung ist jetzt aufgefordert, den Schutz von Mensch und Umwelt weiter hochzuhalten, sie hat Unterstützung dafür vom EuGH und vom Bundesverfassungsgericht.

*Annemarie Volling,
AbL-Gentechnikexpertin*



Innovationen auf dem Acker

Foto: Bohnhorst

Für wen arbeitest du?

Vor allem in großen Schlachtunternehmen wird mit Subunternehmen und Werkverträgen zu Lasten der ArbeitnehmerInnen gearbeitet

Es ist Akkordarbeit. Hart, anstrengend und blutig. Vor allem in den großen Schlachthöfen mit vielen Tausend geschlachteten Tieren pro Tag ist die Schlachtung in viele einzelne Arbeitsbereiche unterteilt: Schlachtung, Grobzerlegung, Feinzerlegung. Und jeder Bereich ist wieder in viele einzelne Arbeitsschritte aufgegliedert. Nicht selten macht der einzelne Mitarbeiter am Band nur einen Handgriff. Bei Tönnies beispielsweise ist die Schlachtung auf viele aufeinander folgende Arbeitspositionen aufgeteilt. Die Schweine fahren an einer Förderbahn von einer Position zur nächsten, während der jeweilige Arbeiter in dem einige Sekunden dauernden Prozess nur wenige Schnitte macht. Danach werden die Schürze, das Messer und die Hände desinfiziert, während der nächste Arbeiter das nächste Schwein aufschneidet. Fünf bis sechs Arbeiter laufen so während ihrer kompletten Schicht im Kreis: Schneiden, Schürze waschen, Messer und Hände sterilisieren und wieder schneiden. Erklärtes Ziel ist es, eine mögliche Kontamination unterschiedlicher Schlachtkörper mit Fäkalkeimen zu verhindern. Gleichzeitig bestimmt die Vorschubgeschwindigkeit des Transportbands die Arbeitsgeschwindigkeit der Arbeiter. Ein Arbeitsplatz, der nichts mit dem Handwerk des Schlachters gemein hat.

Für den Weltmarkt

Dass die Abläufe in den großen Schlachtkonzernen nichts mehr mit Handwerk zu tun haben können, machen schon die Zahlen deutlich. So werden bei den drei größten Schweineschlachtern in Deutschland, Tönnies-

Gruppe, Vion Food Germany und Westfleisch, jährlich über 33 Mio. Schweine geschlachtet. Schon lange wird das Fleisch nicht mehr allein in Deutschland verzehrt. Wie die Allgemeine Fleischer-Zeitung in ihrem Schlachthofreport 2018 berichtet, wurden zuletzt 8,5 Mio. Tonnen Fleischwaren produziert. 2017 betrug der Exportanteil 18,4 Prozent. Die Branche Fleisch und Fleischwaren ist damit nicht nur die mit 24,3 Prozent umsatzstärkste der Ernährungssparte, sondern auch die mit dem größten Exportanteil.

Günstige ArbeiterInnen

Globale Märkte und viel ausländische Konkurrenz spiegeln sich auch in den Arbeitsbedingungen an deutschen Großschlachthöfen wieder: immer schneller, effektiver und rationeller. Schon werden einzelne Schritte der Schweineschlachtung von Robotern ausgeführt. Hohe Schnittgenauigkeit durch 3D-Scan, ein Sterilisationskonzept und einen geringen Bedarf an Arbeitskräften verspricht ein Anbieter in seiner Produktwerbung. Viele Schnitte sind aber dennoch nur von Menschen auszuführen. Weil nur diese auf die kleinen Unterschiede der einzelnen Tiere reagieren können. Wertschätzung erfahren sie hierfür allerdings nicht. Sie werden zum lebendigen Teil einer Produktionslinie. Das System, mit dem die Schlachtunternehmen sicherstellen, dass ihre Arbeit erledigt wird, bedient sich in vielen Fällen eines Systems von verschiedenen Subunternehmen und Sub-Subunternehmen, die sicherstellen, dass immer genügend Arbeitskräfte, vor allem aus Südosteuropa, zur Verfügung stehen. In der Branche gibt es we-

nige direkt beim Konzern angestellte Arbeiter. Oftmals arbeiten die Schlachtkonzerne mit Werkverträgen. Dabei werden einzelne Arbeitsschritte komplett an ein externes Unternehmen vergeben.

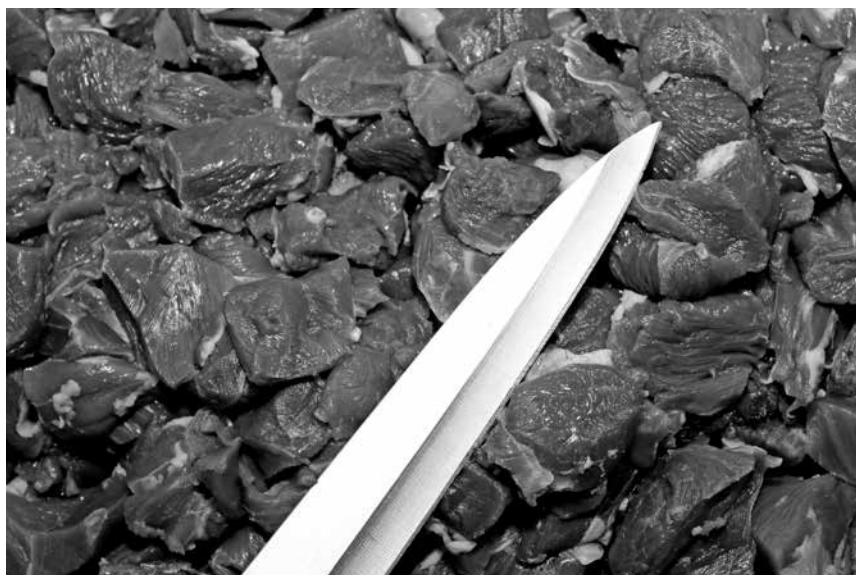
Wenig Festanstellungen

Werkverträge zeichnen sich in der Regel durch eine klare Beschreibung der zu erbringenden Leistung zu einem festgeschriebenen Termin bei geregelter Bezahlung aus. Aufgaben, die durch einen Werkvertrag vergeben sind, müssen von dem Unternehmen (Werkvertragsnehmer) eigenständig organisiert und ausgeführt werden. Dies umfasst neben dem zu benutzenden Werkzeug auch die Kontrolle und Weisungsbefugnis. Diese obliegt allein dem Werkvertragsnehmer und nicht dem den Auftrag vergebenden Unternehmen. Bei von Schlachtkonzernen vergebenen Werkverträgen ist es üblich, dass die Arbeiter direkt in der Produktionslinie des Schlachtkonzerns am Fließband arbeiten. Auch wenn die Arbeiter eigene Messer mitbringen, so bleibt es doch fraglich, inwieweit sie ihre Arbeit ohne die vom Schlachtkonzern zur Verfügung gestellte Produktionslinie erledigen könnten, die eigentlich einen Teil der zur Erledigung des Werkvertrags notwendigen technischen Voraussetzung darstellt. In diesem Fall jedoch wäre ein Werkvertrag unzulässig. Auch die Aufteilung einzelner Arbeitsschritte, die Hand in Hand gehen, wie beispielsweise Schlachtung, Zerlegung und Feinzerlegung, in verschiedene Werkverträge ist nach Einschätzung von Matthias Brümmer von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) unzulässig.

Miserable Bezahlung

Das System der Werkverträge ermöglicht es den Schlachtkonzernen, die Suche nach Arbeitskräften, die diesen harten Job unter Zeitdruck bei schlechter Bezahlung übernehmen, an externe, teilweise sehr fragliche Unternehmer abzugeben. Zum Teil bis heute wird den ArbeiterInnen nicht einmal der Mindestlohn von den Schlachtunternehmen bezahlt. Die rechtliche Grundlage hierfür bildet das Entsendegesetz, das die Bezahlung von ArbeiterInnen aus dem europäischen Ausland regelt. Allerdings nur, wenn ein allgemeinverbindlicher Branchentarifvertrag existiert. Zwar gab es im Frühjahr dieses

Jahres Tarifverhandlungen, die auch in einen Vertrag mündeten, dieser wurde dann aber aufgrund darin enthaltener Pauschalierungen von Umkleide- und Wegezeiten vom Bundesarbeitsministerium abgelehnt. Für den Großteil der über 300 Schlachtunternehmen in Deutschland mit mehr als 20 Arbeitnehmern fehlen verbindliche Mindestlöhne für ausländische ArbeiterInnen damit nach wie vor. Schon 2015 hatten einige der Schlachtunternehmen, die immer wieder wegen der menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer ArbeiterInnen in der Kritik stehen, eine „Standortoffensive deutscher Unternehmen der Fleischwirtschaft“ unterzeichnet. Die Unternehmen Danish Crown Fleisch GmbH, Heidemark Geflügel Spezialitäten, Lohmann & Co. AG/ PHW-Gruppe, Tönnies Holding GmbH & Co. KG, Vion GmbH und Westfleisch SCE mbH verpflichten sich darin, „im Rahmen der rechtlichen Vorgaben bis Juli 2016 ihre Strukturen und Organisationen derart umzustellen, dass sich sämtliche in ihren Betrieben eingesetzte Beschäftigte in einem in Deutschland gemeldeten, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis befinden“. Obwohl diese Verpflichtung von den teilnehmenden Unternehmen ganz offensichtlich eingehalten wird, haben sich die Lebensbedingungen der vor allem osteuropäischen Werkarbeiter nicht verbessert, kritisiert Matthias Brümmer von der Gewerkschaft NGG. Zwar würden die Sozialabgaben von den Unternehmen entrichtet, allerdings seien die Strukturen, mit denen die Menschen nach Deutschland gelockt, hier untergebracht und bezahlt würden, weiterhin absolut inakzeptabel. Der Versuch der Gewerkschaft, einzelne Arbeitnehmer auf dem Klageweg zu unterstützen, habe bisher immer in einem Vergleich geendet. Weil die Branche Präzedenzfälle auf jeden Fall vermeiden wolle, würden auch hohe Abfindungen gezahlt. Unklar bleibt nach Aussage Brümmers auch, wie weit die einzelnen Konzerne über Tochterunternehmen selbst an den Subunternehmen beteiligt sind, mit denen sie Werkverträge abschließen. Neben den niedrigen Schweinepreisen ist die Ausbeutung von ArbeiterInnen einer der Faktoren, der es der deutschen Schlacht- und Fleischindustrie erlaubt, mit günstigem Fleisch am Weltmarkt Gewinne zu machen. *mm*



Viel, schnell, scharf - die Fleischindustrie

Foto: Jacob/pixelio

Abhängigkeiten durchbrechen, Rechtsverständnis schaffen

Wie lässt sich die Situation migrantischer Wanderarbeiter in der Schlachtindustrie verbessern?

Sögel im Emsland ist nicht unbedingt ein Sehnsuchtsort. Und doch haben in der niedersächsischen Gemeinde immer wieder Menschen aus anderen Teilen der Welt Station gemacht oder auch versucht, ein Zuhause zu finden. Günter Wigbers, der Bürgermeister der Samtgemeinde Sögel, erzählt von den hier stationierten amerikanischen Soldaten in den 60er Jahren, den russischen Spätaussiedlern Ende der 80er, den Flüchtlingen, meist aus Syrien, 2015 und vor allem von den südosteuropäischen Arbeitern seit Ende der nuller Jahre. „Eigentlich haben wir viele gute Erfahrungen gemacht mit den Menschen aus aller Welt“, sagt Wigbers. Er möchte, dass die Erfahrungen der Menschen, die nach Sögel kommen, auch positiv sind. Gerade aber bei der Gruppe derer, die als Wanderarbeiter hauptsächlich aus Ländern wie Rumänien, Ungarn und Polen zum Weidemark-Schlachthof kommen, der zu Tönnies gehörenden größten Schweineschlachtstätte in Niedersachsen, ist das nicht unbedingt möglich. Als sich vor Jahren die Hinweise Sögeler Anwohner auf katastrophale Wohnverhältnisse in den Unterkünften der über Werkverträge von Subunternehmern angeworbenen Menschen häuften, richtete man in der Gemeinde einen runden Tisch mit den Beteiligten ein und beschloss am Ende des Prozesses 2012 den sogenannten Sögler Weg.

Transparenz schaffen

Zentrale Bestandteile sind eine Verpflichtung von Tönnies, nur noch mit Subunternehmen zusammenzuarbeiten, die Mindestlohn und Sozialabgaben sowie eine Abgabe von fünf Euro pro Beschäftigtem im Monat zur Finanzierung einer Beratungsstelle leisten. Zudem verpflichtet beziehungsweise behält sich die Gemeinde vor, die angemieteten Unterkünfte zu kontrollieren und zu zertifizieren. Es gibt eine Mietpreisobergrenze und das Bestreben, dezentralen Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Das Angebot von Tönnies, die Wohnungsfrage zentral zu lösen, hatte der Gemeinderat verworfen. Das katholische Kolping-Werk richtete das vereinbarte Beratungsangebot ein, das über die Klärung arbeitsrechtlicher, sozialer und gesundheitlicher Fragen der Integration und Stärkung der Arbeiter und Arbeiterinnen dienen soll. „Was bleibt uns als Kommune, als immer wieder zu versuchen, die Abhängig-

keiten, die durch ein Nichtkennen von Sprache, Kultur und Rechten entstehen, zu durchbrechen?“, formuliert Wigbers. Wenn er am Anfang noch gedacht habe, die Verhältnisse ließen sich kurzfristig endgültig verbessern, so sei er inzwischen überzeugt, eine Daueraufgabe gestellt bekommen zu haben. Denn schwarze Schafe gebe es bei den Subunternehmen immer wieder. „Das ganze Werkvertragsgeschäft gehört abgeschafft“, sagt Wigbers, sieht aber auch die Schwierigkeiten, es tatsächlich zu überwinden: der harte Wettbewerb in der Schlachtbranche – im Inland wie auch mit ausländischer Konkurrenz, kaum hiesige Arbeitnehmer, eine hohe Fluktuation, die immer wieder Neuanwerbungen nötig macht, die die Schlachthöfe nicht selber leisten können und wollen. „Wir haben versucht, zumindest ein Netz aufzubauen, um zu beobachten und einzuschreiten, wenn etwas nicht korrekt läuft“, sagt Wigbers. Positiv sieht er, dass es immer wieder auch Beispiele längerfristiger Beschäftigungsverhältnisse gebe, Männer ihre Familien nachholten, Kinder in Sögel aufwüchsen und dadurch die Integration beflügelten.

Bus in Rumänien

„Ausgerechnet Sögel“, sagt Szabolcs Sepsi von der Beratungsstelle „Faire Mobilität“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wie anderswo in der deutschen Fleischindustrie auch habe es dort in den vergangenen Jahren punktuelle Verbesserungen gegeben und die Einrichtung einer Sozialberatungsstelle vor Ort sei ein sinnvoller Schritt gewesen. Aber letzten Sommer habe genau da ein Subunternehmen Insolvenz angemeldet, wahrscheinlich anmelden müssen, weil es die etwas besseren Bedingungen – zusätzliche Prämien für die zum Teil schon längerfristig Beschäftigten – nicht am Markt vergütet bekomme. Und Tönnies sei nicht bereit gewesen, jene Mitarbeiter – eigentlich sind es die, die alle immer wollten, Familienväter, die Frau und Kinder nachgeholt haben – direkt einzustellen. Stattdessen habe ein anderer Subunternehmer, der schon öfter entsprechend aufgefallen sei, die Ursprungsfirma übernommen und den Arbeitern gesagt, dass man zu schlechteren Konditionen weitermachen könne oder ersetzt werde. Ihnen sei gesagt worden, in Rumänien warte schon der Bus mit neuen Leuten. Sepsi ist seit 2013 bei



Schon handwerkliches Schlachten ist kein leichter Job...

Foto: Sturm/pixelio

der „Fairen Mobilität“ mit dem Schwerpunkt Fleischindustrie und er sieht, dass sich Dinge verändert haben. Gesetze sorgen dafür, dass Mindestlohn und Sozialabgaben gezahlt werden müssen, wenn auch immer noch bei den Lohnabrechnungen Trickereien möglich sind. Es gebe aber immerhin mehr Transparenz, auch durch mehr öffentliches Interesse. Den Subunternehmen, bei denen es eben eine Bandbreite von redlich bis kriminell gebe, könne besser auf die Finger geschaut werden. Gleichzeitig reicht das aus Sepsis Sicht längst noch nicht aus. Nur wenn es die Möglichkeit gebe, für einen Standort (und nicht für jeden Arbeitgeber einzeln) Betriebsräte zu etablieren, ließen sich juristische Prozesse gegen unerlaubte Praktiken oder Abrechnungstricks führen, die auch einen Präzedenzcharakter hätten und nachhaltig etwas verändern würden. „Das ließe sich politisch machen“, ebenso wie die Politik die Schlachthöfe verpflichten könnte, zumindest höhere Anteile an Festanstellungen vorzunehmen und einheitliche Tarifverträge auszugeben. „Es gibt die wahnsinnig hohe Fluktuation, die jegliche Kontinuität beim Durchsetzen von Verbesserungen erschwert“, so Sepsi. Und Kontrolle laufe oft ins Leere, von überall berich-

teten die Beschäftigten, dass bei Vor-Ort-Kontrollen erst einmal die Förderbänder langsamer gestellt würden und oft genug könne sowieso nur nach Aktenlage kontrolliert werden.

Juristische Beratung

„Die Kontrolle ist viel zu zersplittert“, sagt auch Peter Kossen, katholischer Seelsorger in Lengerich und langjähriger Kritiker der Zustände in der Fleischindustrie. Auch er sieht bislang eher graduelle Verbesserungen, auch weil vieles sich nur juristisch durchsetzen lasse und dafür vielen der Arbeiter und Arbeiterinnen das Rechtsverständnis und der lange Atem fehlten. „Es müsste umfangreicher juristisch beraten und dafür Sorge getragen werden, dass den Menschen klar wird: Der Rechtsstaat gilt auch für Arbeitsmigranten.“ Vernünftige Bezahlung, Integrationsmaßnahmen, eine gute Wohnsituation, spätestens dann, wenn Familien nachgeholt würden, müssten noch viel vehementer öffentlich eingefordert werden, so Kossen. Aber auch das Thema, was uns Lebensmittel und Gerechtigkeit wert seien, gehöre in die Debatte. „Damit“, so Kossen, „wir uns hier in Deutschland wirklich das Prädikat ‚soziale Marktwirtschaft‘ anheften können.“

Mehr Kohl statt LKWs

Zu Besuch bei der SoLaWi Dorfgarten in Hebenshausen

In der tief stehenden, winterlichen Nachmittagssonne fuhr der gelbe Lieferbus über die nasse Erde. In den letzten Tagen hatte es endlich geregnet und der Boden war matschig, trotz Sonne. Simon Arbach, Gärtner der Solidarischen Landwirtschaft in Hebenshausen, dem Dorfgarten-Projekt, zeigte bei einer kleinen Tour rund um Hebenshausen alle Flächen, die von dem Kollektiv bewirtschaftet werden. Jede Fläche etwas anders – von orange-gelber Ringelblumenpracht bis zu sattem Grünkohl, angeleuchtet von den letzten Sonnenstrahlen des Tages. Die Solidarische Landwirtschaft in dem nordhessischen Dorf befindet sich jetzt im sechsten Anbaujahr. Nach anfangs 20 bis 30 Anteilen werden mittlerweile 140 Anteile in verschiedene Abholräume ausgeliefert. Ein Großteil des Gemüses geht in das ca. 15 Kilometer entfernte Göttingen. Aber auch direkt im Ort werden Gemüseanteile gegessen. Die inzwischen fünf GärtnerInnen, einige in Teilzeit, bauen um die 40 Kulturen an. Durch die Vielzahl an Lagergemüsen, verschiedenste Kohllarten, Sellerie, Möhren, Rote Beete und auch frische Salate in Folientunneln, wird der Ernteanteil auch im Winter nicht eintönig. Der Feldsalat im Tunnel, teils gepflanzt, teils selbst angezogen, sieht verlockend und üppig aus. Das GärtnerInnen-Kollektiv versucht, jede Woche etwas Frisches zu den Gemüseportionen zu geben. Die Winterlager sind gefüllt, die Kohlköpfe, sortiert nach Rot- und Weißkohl, und die Möhren stapeln sich für die langen Wintermonate. „In diesem extremen Jahr hatten wir, auch wegen der guten Böden, trotzdem eine zufriedenstellende Ernte an Lagergemüse. Nur beim Spinat, Blumen- und Chinakohl hatten wir große Verluste durch die Trockenheit. Das konnten wir auch durch

unsere Bewässerung nicht abfedern“, so Gärtner Arbach.

Bewirtschaftete Fläche

Es gibt insgesamt fünf verschiedene Flächen, die in der Umgebung verteilt sind. Eine Gemeinschaft hatte die Hofstelle in Hebenshausen als Verein gekauft, leider waren jedoch die hofeigenen Flächen zu diesem Zeitpunkt schon verkauft worden. Die Größe der Teilflächen liegt zwischen 1.500 Quadratmetern und 0,8 Hektar. Eine der Flächen ist besonders schön gelegen. Der Acker liegt im nahen Niedersachsen, mit Blick auf Thüringen, nicht weit vom Dreiländereck entfernt. Nur leider ist die Fläche sehr weit von der in Hessen gelegenen Hofstelle entfernt. Logistisch ist es unpraktisch, dass die Flächen so verstreut sind. „Wir würden sehr gerne eine zusammenhängende Fläche von zwei bis drei Hektar bewirtschaften. Wir haben schon versucht an Flächen zu kommen, aber es ist sehr schwer. Wir pachten bisher all unsere Flächen, teilweise Bauland, und wissen nicht, wie lange wir dort noch Gemüse anbauen können“, sagt Simon Arbach, der seit vier Jahren in der SoLaWi arbeitet und vorher Maschinenbau studiert hat.

Flächenverbrauch

Ja, das ist ein Thema mit dem Flächenverbrauch – in ganz Deutschland und besonders in Hebenshausen. Von dem festgesetzten Ziel der Bundesregierung, den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, ist an vielen Orten nichts zu spüren. Nach Angaben des Umweltbundesamtes lag der durchschnittliche tägliche Flächenverbrauch in den Jahren 2013 bis 2016 bei 62 Hektar pro Tag. Zum Großteil geht der Zuwachs von Siedlungs- und



Frische Salate für den Winter

Foto: Gandenberger

Verkehrsflächen zu Lasten von landwirtschaftlich genutzten Flächen. In Hebenshausen soll direkt auf den Ackerflächen neben dem Ort ein sehr großes Logistikgebiet gebaut werden. 80 Hektar sollen dafür genutzt werden. „Die Böden sind hier in der Region die besten, die es weit und breit gibt, und haben zwischen 70 und 85 Bodenpunkten. Es ist nicht zu verstehen, dass diese Flächen nicht mehr für die Erzeugung von Lebensmitteln genutzt werden sollen“, kommentiert Arbach die Pläne. Bisher scheint es einen Vorvertrag zwischen der Hessischen Landesgesellschaft und der Bensheimer Dietz AG geben. Nach Zeitungsberichten ist der endgültige Kauf mit darauffolgendem Baubeginn geplant, wenn die Neu-Eichenberger GemeindevertreterInnen einer Änderung des Bebauungsplans zustimmen. Durch den Bau des Logistikzentrums sollen laut der ehemaligen Bürgermeisterin von Neu-Eichenberg 1.000 Arbeitsplätze entstehen und sich neue BürgerInnen ansiedeln. Der Bau würde die Infrastruktur vor Ort, wie Grundschulen und Geschäfte, erhalten,

wird die Ex-Bürgermeisterin zitiert. Doch diese Argumente überzeugen den Gärtner Arbach nicht. „Auch wenn unsere Flächen nicht direkt betroffen sind, geht es für uns um eine Grundsatzfrage: Das Logistikzentrum ist das genaue Gegenteil von unserer Vorstellung und dem, was wir bisher hier gestaltet haben“, sagt der Gärtner. Flächenversiegelung, steigende Emissionen durch Warentransporte in Zeiten des, wie dieses Jahr, spürbaren Klimawandels. Und Schnellebigkeit: Mit den Kooperationspartnern sollen langfristige Verträge abgeschlossen werden – langfristig heißt dabei fünf Jahre. „Wir können mit unserem Gemüse, was wir anbauen, Menschen in der direkten Umgebung versorgen und langfristig bodenschonend Nahrung erzeugen. Wir wollen kleinere Strukturen erhalten, umweltverträglich wirtschaften und auch für uns Zukunftsperspektiven hier vor Ort weiter ausbauen. Wir wollen hier leben und arbeiten. Wir haben uns ja mit dem Hofkauf hier langfristig niedergelassen“, beschreibt Arbach die Perspektive als Anwohner. sg



Bäuerinnen und Bauern führten mit ihren Traktoren die Menschenkette an

Foto: Privat

Menschenkette gegen Logistikzentrum

Rund 1.000 Menschen nahmen unter dem Motto „Rote Line gegen Flächenversiegelung“ am 8. Dezember an einer Menschenkette teil, organisiert von der Bürgerinitiative für ein lebenswertes Neu-Eichenberg. Etwa 50 Tractor, mit Bannern geschmückt, führten die Kette an. Die Breite des Bündnisses zeigte die RednerInnenliste mit VertreterInnen der Bürgerinitiative, des BUND Werra-Meißner, Ende Gelände und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Dazu sagte Georg Janßen, Geschäftsführer der AbL, in seiner Rede, dass die politischen Rahmenbedingungen dazu führten, dass landwirtschaftliche Flächen versiegelt und landwirtschaftliche Höfe aufgegeben würden. Gleichzeitig müssten alle gemeinsam an verschiedenen Orten für eine gerechte Nutzung der natürlichen Ressourcen kämpfen. sg

Unheimliche Ausdauer

Vom Anfang bis zum Ende der Hofabgabeklausel

Unabhängige Bauernstimme: Herr Eickmeyer, erst mal darf ich Ihnen ganz herzlich zu Ihrem Erfolg gratulieren. Sie haben es, gemeinsam mit Ihren Mitstreitern im Arbeitskreis Hofabgabe, geschafft, dass die Regelung abgeschafft wurde.

Heinrich Eickmeyer: Ja, das war eine unheimliche Ausdauer.

Ende November hat der Bundestag beschlossen, die Hofabgabeklausel rückwirkend zum 9. August 2018 abzuschaffen. Damit reagierte er auf ein von Ihnen erstrittenes Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Regelung zumindest in Teilen als verfassungswidrig einstufte.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das wir mit unserer Rechtsanwältin Frau Sieverdingbeck-Lewers erstritten haben, war der Abschluss von zehn Jahren Auseinandersetzung.

Wie begann diese Auseinandersetzung mit dem Thema Hofabgabe?

Ich bin am 1. Juli 1944 geboren und wurde also am 1. Juli 2009 65 Jahre und habe einen Rentenantrag gestellt. Doch der Bescheid war negativ, weil ich nach Ansicht der Rentenkasse erst antragsberechtigt sei, wenn ich das 65. Lebensjahr vollendet hätte, also zum 1. August 2009. Der nächste Antrag war im Oktober und dann kamen die Auflagen zur Abgabe des Hofes. Das wollte ich nicht.

Es wird ja immer betont, ohne die Hofabgabe würden den Hofnachfolgern Entwicklungsmöglichkeiten verbaut. Sie hatten wie viele andere Betriebe aber gar keinen Nachfolger.

Nein. Ich habe dann alles Fremdland abgegeben und nur noch die vier Hektar Eigentum und den Wald behalten. Damit waren die Bedingungen erfüllt und ich bekam ab 1. Februar 2010 Rente.

Und trotzdem haben Sie sich weiter für die Abschaffung eingesetzt?

Ja, ich hatte mich schon im Januar mit dem Kreislandwirt getroffen und gemeinsam mit ihm und den SPD-Bundestagsabgeordneten den Arbeitskreis Hofabgabe gegründet. Es war ein langer Weg, auf dem mich auch unsere Anwältin immer wieder bestärkt hat weiterzumachen.

Mit Erfolg. Sind Sie zufrieden mit dem Erreichten?

Ja. Der Bundestag hat beschlossen, dass man seine Flächen behalten kann, aber man muss dafür Beiträge zahlen. Ich bin der Meinung, die Beiträge dürfen aber nicht höher sein als vor dem Eintritt ins Rentenalter. Es wäre ungerecht, wenn jetzt doppelte Abzüge, vom Acker und von der Rente, anfallen würden. Das finde ich nicht in Ordnung, wenn die SVLFG sich dann wieder ins Fäustchen lacht.

Vielen Dank für das Gespräch!

Gedanken einer Solawi-Bäuerin

Als Solawi haben wir die Möglichkeit eine große und vielfältige Auswahl von Gemüse anzubauen. Wir können ausprobieren, experimentieren und vor allem auch alte, samenfeste Sorten verwenden. Wir können alte Haustierrassen halten, weil wir nicht auf eine große Mastleistung angewiesen sind. Wir können uns Zeit für die Tiere und ihr Wohl nehmen, weil unsere Mitmacher das so wollen. Wir können unseren Mitarbeitern einen fairen Lohn zahlen, weil unsere Mitmacher das tragen. Wir müssen unsere vom Drahtwurm zerfressene Kartoffelernte und die den mit Spelzen bestückten Hafer nicht wegschmeißen, weil unsere Mitmacher ganz nah dran sind und wir es ihnen erklären können. Wir wissen, dass unsere Arbeit gut ist, weil wir jede Woche eine Rückmeldung bekommen. So geht es vielen anderen Bauern nicht. Die meisten Bauern arbeiten unter wirtschaftlichem Druck. Die Tierhaltung und -fütterung muss effizient und kostengünstig sein. Tierwohl kostet Geld.

Viele Bauern müssen die Hälfte ihrer Ernte wegwerfen, weil keiner sie kaufen will. Viele Bauern müssen viel, effizient und schnell produzieren. Vielfalt, Abwechslung und Ausgewogenheit bleiben dabei auf der Strecke. Viele Bauern müssen das Fleisch ihrer Tiere zu Niedrigpreisen verscherbeln, weil sie keinen Verbraucher kennen, der bereit ist einen angemessenen Preis dafür zu zahlen.

Manch ein Bauer hat wohl auch deshalb keine Freude mehr an seiner Arbeit. Es ist ein gutes Gefühl für Menschen zu arbeiten die ich jede Woche sehe, die ich schätze, die mit mir die guten und die schlechten Zeiten teilen, die für ähnliche Werte eintreten und die sich dazu entschieden haben mit uns diesen Bauernhof zu beleben. Es macht Spaß zu ackern, weil ich weiß, dass meine Arbeit geschätzt wird und ihre Frucht in die Hände von Menschen geht die ihren Wert kennen. Wenn ich weiß welches Kind sich Mittags die Kartoffel in den Mund schiebt, wenn ich das Paar kenne, das sich beim Abendessen an frischem Salat mit Tomaten erfreut und ich demjenigen in die Augen schauen kann, der sich schon morgens auf ein Fleischgericht mit Äpfeln und Zwiebeln freut, dann kann ich tatsächlich Liebe in meine Arbeit stecken. Es macht manche Arbeit nicht leichter. So wie das Schlachten lassen der Tiere. Das bleibt immer eine aufwühlende, zwiespältige Arbeit. Aber es gibt ihr einen Sinn. Ich weiß, dass der Ochse den ich zum Schlachter fahre für Menschen stirbt, die sein Fleisch schätzen. Auch die Kartoffeln, die ich in brütender Hitze ausgrabe und den Feldsalat, den ich bei eisiger Kälte pflanze werden bis zum Schluss ihren Wert behalten. Nicht zuletzt unsere Mitarbeiter_innen. Oft stehe ich staunend vor der geleisteten Arbeit unserer Mitarbeiter_innen und bin dankbar und berührt. Mit einer bewundernswerten Selbstverständlichkeit stehen sie morgens bei jedem Wetter auf dem Hof und leisten Tag für Tag wertvolle Arbeit. Bei jedem unserer derzeitigen Mitarbeiter_innen habe ich das Gefühl, dass sie mehr geben als nur ihre Arbeitskraft. Sie arbeiten mit Herz, Engagement und Verantwortung. Es ist ein gutes Gefühl zu wissen, dass sie da sind und es macht mir Spass mit ihnen zu arbeiten. Und es ist nicht selbstverständlich. Solche Mitarbeiter_innen wünsche ich Jedem.

Für all das bin ich sehr dankbar. Für unsere Mitmacher_innen und Mitarbeiter_innen und für meine Arbeit. Und ich weiß, dass es nicht Jedem so geht. Viele Menschen haben keine erfüllende Arbeit. Manch Einer wird durch sie sogar krank. Ich bin dankbar für Alles was ich durch und mit und für Euch machen kann.

Eure Bäuerin



Heinrich Eickmeyer (v.L.) beim Agrarsozial-Wahlkampf 2016

Foto: Redaktion

Chaos bei Patenten

Anfang Dezember hat die Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts (EPA) über ein Paprika-Patent (EP 2753168) der Firma Syngenta verhandelt. Hierbei stellte es sich einer 2017 vom Verwaltungsrat des EPA – bzw. seiner 38 Vertragsstaaten – beschlossene Regelung entgegen und verursacht damit rechtliches Chaos. In Zukunft könnten wieder Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere erteilt werden, obwohl in den letzten Monaten sogar eines der Patente (das sog. Brokkoli-Patent) widerrufen wurde. 2017 wurde vom Verwaltungsrat des EPA eine neue Regel 28 (2) in der Ausführungsordnung des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) beschlossen. Demnach dürfen sowohl die Verfahren zur konventionellen Züchtung („im Wesentlichen biologische Züchtung“) als auch die daraus resultierenden Pflanzen und Tiere nicht patentiert werden. Die Industrie forderte, diese neue Regel ausser Kraft zu setzen, dem ist die Beschwerdekammer gefolgt. Diese Entscheidung der Beschwerdekammer ist auf scharfe Kritik gestoßen. Der Obmann von SaatgutAustria, Michael Gohn, warf dem EPA vor, einer „umfangreichen Patentierungen natürlicher Merkmale Tür und Tor“ zu öffnen. Diese Entscheidung sei ein großer Rückschritt und schaffe erneut Rechtsunsicherheit, beklagte Gohn. Christoph Then von „Kein Patent auf Leben“ forderte, dass das EPA mit sofortiger Wirkung die Erteilung weiterer Patente auf Pflanzen und Tiere aussetzen müsse, bis ausreichende rechtliche Klarheit von der Politik geschaffen werde. av

Regionales Nyeleni-Treffen in Freiburg

im Breisgau vom 7. bis 9. Dezember

Wir wollen auf die Kleinlandwirtschaft als Kampfbegriff nicht verzichten.“ Das hörte ich im Anschluss an die „Wir haben es satt“-Demo bei der anschließenden Projektvorstellung in der Böll-Stiftung zum ersten Mal. Aha! Jetzt traf ich sie wieder: 200 meistens junge Kämpfer-innen für das Recht auf Ernährungssouveränität – Gärtnerinnen, Studentinnen, Bäckerinnen und Kleinbauern und andere Food-Aktivistinnen. Sie trafen sich zu einem ersten regionalen Nyeleni-Treffen für den deutschsprachigen Raum Anfang Dezember 2018. Und zwar in Freiburg, damit auch die Schweizer, Österreicher und Südtiroler leicht dazukommen konnten. Zumindest Bäckerin Anke aus dem Hannoverschen war von dem Treffen beeindruckt. Auch wenn aus ihrer Sicht etwas wenig Verarbeiter dabei waren, freute sie sich über die vielen Anregungen. Besonders begeisterte sie die Arbeitsgruppe „Technik für Agrarökologie“ von den Freiburger „Agronauten“. Hier wurde von niedrigschwelliger Technik für kleine Höfe und Betriebe berichtet. Einfache (Acker-)Geräte u. a., deren Baupläne von den Entwicklern ins Internet gestellt werden und die jeder nachbauen und reparieren kann. „Da muss der Bauer nicht erst mal Maschinenbauer werden, um seine Geräte reparieren zu können!“ Hier vielmehr geht’s um Technik als Open Source. In England und Frankreich sind die entsprechenden Gruppen schon gut etabliert. Denn es sei so viel an einfacher Technik verschwunden. Als kürzlich einige Bauern hier wieder Hirse anbauen wollten, mussten sie feststellen, dass es in der ganzen Republik keinen gibt, der noch Hirse schälen könnte. Also muss die hier angebaute Hirse erst umständlich nach Österreich gefahren werden, um hinterher in den hiesigen Bioläden angeboten werden zu können. Anke ist überzeugt: Kleinere Techniken wie Bauern-Bäcker-Mühlen sind finanzierbar und halten die Kreisläufe klein. Denn heute verschwänden die Berufe und Handwerker, weil sie an zu hohen DIN-Auflagen krepieren. Heute müsse ein Metallbauer für die Entwicklung einer neuen

Schraube eine Zeichnung und eine DIN-Normprüfung einreichen. Das macht keinen Spaß und ist völlig unangemessen. Daher sind einige jetzt dabei, ein Moratorium fürs EU-Parlament zu erarbeiten, demzufolge Hygieneauflagen für Kleinbetriebe unter zehn Beschäftigten nur Empfehlungscharakter haben sollen und keinen Zwang mehr darstellen. Denn die zu großen Anfangsinvestitionen brechen den Leuten das Genick. Das Ganze begann mit einer großen öffentlichen Abendveranstaltung im Audimax der Freiburger Universität: „Essen. Macht. Glück.“ Darin ging es um die Bedeutung der Forderung nach Ernährungssouveränität für die Transformation. Am nächsten Tag wurde mit Exkursionen die vielfältige Agrarszene von Freiburg und Umgebung vorgestellt, von der Regionalwert AG über die erste SoLaWi aus Eichstetten bis zu den Saatgut erhaltenden Gärten, ebenfalls im Kaiserstuhl. Eine Gruppe ging zu den Freiburger Gemeinschaftsgärten, die erfolgreich mit Flüchtlingen arbeiten, wie Neuland und Bunte Beete und, und, und ... Die Exkursionen waren alle ausgebucht und am nächsten Tag berichteten sich die teilweise von weither angereisten Tagungsteilnehmer begeistert gegenseitig davon.

Ernährungsrate

In der Turnhalle und einigen Klassenräumen in der Waldorfschule im Rieselfeld ging es anschließend „theoretisch“ weiter, d. h. nahezu alles Wissen wurde in Kleingruppen zu unterschiedlichen Themen bearbeitet. Es ging um „Ernährungssouveränität gesetzlich verankern“, „Saatgut als Allmende“ oder den Zusammenhang zwischen Klima und Ernährungsweise. Was können Ernährungsrate für die kleinbäuerliche Landwirtschaft tun, war ein anderes Thema und ein weiteres die Relokalisierung von bäuerlich erzeugten Rohstoffen. Im Hintergrund wurde mit regionalen Produkten gekocht, alles vegan und – sagen wir es etwas altertümlich – „wohlmündend“. Brot aus Sauerteig, Bärlauchmargarine, Linsen-Pesto und Früchteriegel

ohne alle Chemie- und Zuckerzusätze, sondern ausschließlich aus fair gehandelten und ökologischen Beeren und Datteln. Mit dem Erfolg eines durchweg hohen Serotoninspiegels unter den meistens sich angeregt austauschenden Teilnehmer-innen.

Landgrabbing

Die Agronauten organisierten auch die Arbeitsgruppe „Access to Land“, ein Thema, zu dem sie ebenfalls länderübergreifend gearbeitet hatten. Denn in Europa sind die meisten Bauern über fünfzig und stehen vor keiner geregelten Hofnachfolge. Die wenigsten kommen von allein darauf, ihren Hof jenem Drittel der jungen Agrar-Studierenden anzubieten, die keinen Hof erben werden. Dafür braucht es Vermittlergruppen, die sogar anonym arbeiten müssen, damit vor einer eventuell anstehenden Hofübergabe die Nachbarn nicht sofort versuchen, das Land zu übernehmen. Leicht ist dies nicht, denn das Misstrauen gegenüber diesen neuen Formen ist vor allem bei den Alten groß. – Biobauer Wolfgang berichtet von der Landlosenbewegung in Brasilien, die er seit Jahrzehnten unterstützt, die erfolgreich mithilfe der Gesetze Hunderte von Hektar unter die Hacke nehmen konnte, jedoch durch die neue Regierung wieder erheblich gefährdet ist. Monika aus dem Hochschwarzwald hat zwei Hektar Gartenland auf Rügen anzubieten. Meike aus Bern arbeitete über Jahre an einer Erhebung zur Landwirtschaft in Europa. Sie erinnert daran, dass nicht nur in der ganzen Welt, sondern auch in Europa das meiste Essen von kleinbäuerlichen Höfen stammt, dass in Rumänien 70 % der Höfe unter fünf Hektar groß sind und generell in ganz Europa die Durchschnittsgröße der Höfe bei gerade mal 14 Hektar liegt. In der parallel arbeitenden Gruppe geht es um erfolgreiche landwirtschaftliche Kooperativen. Vor allem die „SoLaWis“ haben in den letzten Jahren nicht nur viele kleinere Höfe vor dem Aufgeben bewahren können, sondern zudem manchen Jungen den Einstieg ermöglicht. Dass sie nebenbei zu einer neuen Stadt-Land-Brücke beitragen, durch die auch die urbansten Städter-innen verstehen, dass es die regionale Agrarökologie und die kleineren Bauern des Umlands sind, die dem Klimawandel am besten entgegen arbeiten, das versteht sich von selbst. Die Verfasserin dieser Zeilen war sehr angetan vom Beschluss der abschließend tagenden Regionalgruppe Nordostdeutschland, sich künftig vor allem um die Bodenfrage einschließlich Landreformen kümmern zu wollen.

Elisabeth Meyer-Renschhausen



Viel Interesse für Ernährungssouveränität

Foto: Renschhausen

Landwirtschaft für Europa

AgrarBündnis legt Kritischen Agrarbericht 2019 vor

Gerechter, sozialer, weniger ungleich, das erwartet laut einer jüngst veröffentlichten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) eine Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland von Europa. Mehr Ehrgeiz (Ambition) im Kampf gegen den Klimawandel – in Deutschland, Europa und weltweit – fordern Umweltorganisationen und auch Umweltministerin Svenja Schulze als Mitglied einer „High Ambition Coalition“ auf der UN-Klimakonferenz in Katowice und auch in der FES-Studie steht der Klimawandel weit oben auf der Liste der anzupackenden Herausforderungen. Wie dieses Anpacken konkret für den Bereich Landwirtschaft respektive

Agrarpolitik aussehen kann, das zeigt im Jahr der Wahlen zum Europäischen Parlament und zur EU-Kommission der vom AgrarBündnis herausgegebene Kritische Agrarbericht 2019 mit seinem Schwerpunkt „Landwirtschaft für Europa“. Zwar attestiert der Kritische Agrarbericht nicht nur der Klimapolitik eine „Ambitionsücke“ sondern auch den Vorschlägen der EU-Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sowie der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (sustainable development goals – SDGs). Er belässt es jedoch nicht bei umfassender Analyse und Kritik, sondern macht auch konkrete Vorschläge, wie die je-

weilige „Lücke“ geschlossen werden kann. Dabei verweist und setzt er als „Buch der Bewegung“ auch auf die vielen lokalen, regionalen, nationalen und europaweiten Initiativen der Zivilgesellschaft und vieler ländlicher Gemeinden und Städte, die schon mit dem Umbau in der Nutztierhaltung, im Ackerbau oder in der Vermarktung begonnen haben. So ist der Kritische Agrarbericht 2019 auch als ein „Plädoyer für Begegnung und Bewegung“ in Europa zu verstehen, wie es in einem einleitenden Beitrag heißt, und die EU-Agrarpolitik könnte, richtig angepackt, zu einem zentralen Pfeiler für ein zukunftsfähiges Europa werden – gerecht, sozial, klimaschonend und mit Perspektive für eine



Europäische Landwirtschaft gemeinsam gestalten

Foto: EU-Kommission

bäuerliche Landwirtschaft. Allein 24 der insgesamt 47 Beiträge des Agrarberichts sind dem Schwerpunkt gewidmet. Neben der zentralen Auseinandersetzung um die GAP sind das unter anderem die Themen Pestizidzulassung und -einsatz, Landgrabbing, Wettbewerbs- und Kartellrecht, Strukturwandel, Exportpolitik und Tiertransporte oder der Brexit. Darüber hinaus werden auch weitere Brennpunkte der agrarpolitischen Diskussion behandelt. Die reichen von der Digitalisierung der Landwirtschaft und der dahinterstehenden Macht der Konzerne, über Bodenpolitik für eine nachhaltige Landwirtschaft, die Auswirkungen der neuen Düngeverordnung bis hin zu der auch in der Öffentlichkeit lebhaft geführten Kontroverse über die Rückkehr des Wolfes. *feb*

zu beziehen über den AbL-Verlag
ISBN 978-3-93041366-9; 344 Seite;
24,00 Euro

Bestellcoupon

Ich bestelle:

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2019 Schwerpunkt: Landwirtschaft für Europa 24,00 Euro 2018 Schwerpunkt: Globalisierung gestalten 10,00 Euro, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Das wahre Landleben!

Bücher:

- ... 10,00 € - Wir Bauern sind anders
- ... 9,80 € - Sechs Wochen auf der Scholle
- ... 11,00 € - Bauernparty
- ... 11,00 € - Nützt ja nix
- ... 11,00 € - Schubkarrenrennen
- ... 11,90 € - Der Wollmützenmann
- ... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- ... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- ... 10,00 € - Einmal Bauer immer Bauer
- ... 10,00 € - König Silo
- ... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- ... 10,00 € - Ein Bauer erzählt

Bitte Adresse einsetzen:

- ... 9,50 € - live im Lutterbecker
- Bodenpolitik in Ostdeutschland**
- ... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- ... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- ... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- ... 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- ... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen & Veranstaltungen

Hof und Arbeit

• **MitarbeiterIn gesucht:** kleine, vielfältige Gemüse-Solawi. Auf 1 ha Freiland + 800m² Tunnel, 50 verschiedene Kulturen. Du bist motiviert für die ökologische Landwirtschaft und möchtest Dich auch mit eigenen Beobachtungen und Ideen in einen Bauernhof einbringen? Kontakt: gemuese-vielfalt@bennhausen.net oder ☎ 06357/5626

Lieber Matthias Miersch,

der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und der Sprecherrat der Interessengemeinschaft Nachbau gratuliert Dir sehr herzlich zu Deinem 50. Geburtstag. Dass bewegte Menschen in ihrem Kampf gegen das geplante Atomendlager in Gorleben rechtlich gut vertreten werden, dass wir heute noch die Kartoffel „Linda“ haben, eine gentechnikfreie Landwirtschaft betreiben können und dass das Jahrhundert alte bäuerliche Recht auf Nachbau von Saatgut energisch verteidigt wird – dazu braucht es nicht nur mutige Bäuerinnen und Bauern, die bereit sind sich quer zu stellen und politisch zu kämpfen. Dazu braucht es auch kluge, denkende und tatkräftig handelnde Rechtsanwältinnen.

Danke für die jahrelange gute Zusammenarbeit und viel Schaffenskraft und Glück für die nächsten Jahre.
Mit bäuerlichen Grüßen

i.A. Georg Janßen, Geschäftsführer der AbL und der IG Nachbau.

Ein nachhaltiges Landwirtschaftsmodell für Deutschland in 2030

16. Januar 2016 um 19 Uhr

EINE PODIUMSDISKUSSION, UNTER ANDEREM MIT:

- Svenja Schulze, Bundesministerin für Umwelt und Naturschutz
- Dr. Matthias Miersch, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- Maria Noichl, Mitglied des Europäischen Parlaments
- Prof. Dr. Harald Grethe, Professor für Int. Agrarhandel
- Hubertus Paetow, Präsident der DLG

ORT: Foyer im Pfefferberg, Schönhauser Allee 176, 10119 Berlin,

ANMELDUNG UNTER:

Dr. Matthias Miersch, MdB:
matthias.miersch@bundestag.de
Maria Noichl, MdEP:
maria.noichl@ep.europa.eu



Workshop Gedankendünger

13.01.2019, 10.00 - 17.30 Uhr
Hier bekommt Ihr Informationen, Kontakte und Inspiration für die Idee, das Projekt, das Problem oder die Frage die Euch am Herzen liegt.

Informationen und Anmeldung bei: sibyllebahrmann@t-online.de
Ort: Luttmissen 2, 29587 Natendorf

Abl Franken

13.01.2019, 13 Uhr, Cadolzburg
Jahreshauptversammlung

15.01.2019, 19.30 Uhr, Herrrieden
Lobbyarbeit für die Bienen, der Weg in eine andere Landwirtschaft. Referent: Thomas Radetzki

Frauenoasentage 2019

Für Frauen nach der Familien-

phase und für alleinstehende Frauen. Motto: Friede ist nicht nur ein Wort...".

Nähere Informationen und Anmelde-Termine und Veranstaltungs-orte: KLB-Diözesanstelle, Große Messergasse 1, 94032 Passau, Telefon: 0851/3937351 (Mo, Di und Do 08.30 bis 12.00 Uhr) www.klb-passau.de E-Mail: KLB.Passau@bistum-passau.de

Demo: WIR HABEN ES SATT!

19.01.2019, Berlin

Veranstaltungsreihe: Rechts(d)ruck im ländlichen Raum

22.01.2019, 18.30 Uhr
Aktiv gegen Rechts – Aufstehen für eine offene Gesellschaft! Initiativen gegen Rechts im ländlichen Raum.

29.01.2019, 18.30 Uhr

Druck von Rechts auf landwirtschaftliche Verbände – Podiumsdiskussion zu rechter Einflussnahme auf Ökolandbau und bäuerliche Landwirtschaft.

Veranstaltungsort: Witzzenhausen
<http://gegen-rechtsdruck-veranstaltungsreihe.de/>

Saatguttagung

26.01.2019, 10-17 Uhr, Kassel
Wie kommen neue Sorten in die Welt? Tagung der Zukunftsstiftung Landwirtschaft.

Ort: Anthropol. Zentrum. Infos: <https://veranstaltungen.gls-treuhand.de>

Effektive Mikroorganismen

30.01.2019, 10-16 Uhr, Echem
Kleine Helfer, große Wirkung - Effektive Mikroorganismen im Stall.

Anmeldung und Information: www.lbz-echem.de oder per Mail: Susan.Wohlmueth-Meinicke@lwk-niedersachsen.de

SoLaWi Frühjahrstagung

08.-09.02.2019, Tempelhof
Frühjahrstagung Netzwerk Solidarische Landwirtschaft.

Infos und Anmeldung unter: www.solidarische-landwirtschaft.org/aktuelles/netzwerktreffen



Jahresmitgliederversammlung Landesverband Bayern

27.01.2019, 10 - 16 Uhr, 86922 Eresing

Aus dem Programm:

Vortrag Dr. Peter Hamel, Landwirt, Agrarwissenschaftler und Sprecher der AbL-Hessen:

Emissionsmindernde Güllebehandlung statt Schleppschlauch-Technik - klimaschonendere Alternativen der Gülleausbringung

Vortrag Dr. Annette Freibauer (Leiterin des Instituts für Ökologischen Landbau, Bodenkultur und Ressourcenschutz der LfL:

Aktuelle Forschungsvorhaben der Bayerischen Landesanstalt Landwirtschaft (LfL)

- anschließend Mittagessen
- Rechenschaftsbericht und Jahresvorschau des Landesvorstands mit Aussprache, Kurzberichte aus den Regionalgruppen
- Finanzbericht und Mitgliederentwicklung, Bericht der Rechnungsprüfer, Entlastung des Vorstands
- Wünsche und Anträge, allgemeine Aussprache

Ort: Gasthaus Alter Wirt, Kaspar-Ett-Straße 14, 86922 Eresing
Gäste sind herzlich willkommen!



Region Bayrisch Oberland

15.01.2019, 20 Uhr

Der Weg in eine zukunftsfähige und nachhaltige Landwirtschaft aus der Sicht eines Wasserversorgers

Vortrag Cornelia Schönhofer, Stadtwerken München

Ort: Gasthaus zur Post in Eberfing



Jahresmitgliederversammlung Landesverband Hessen

03.02.2019, 10 Uhr, 63679 Schotten

Klimaschutz und Landwirtschaft

Referent: Prof. Dr. Andreas Gättinger, Leiter der Professur für Ökologischen Landbau mit dem Schwerpunkt nachhaltige Bodennutzung an der Universität Gießen.

Ort: Sonnenhof, Nikolai Hampel, Alte Str. 46, 63679 Schotten
Gäste sind herzlich willkommen!



Landesverband NRW

20.02.2019, 11 Uhr

Mitgliederversammlung und offene Jahrestagung zur Düngeverordnung. Bitte vormerken!

Ort: Haus Burger, Linder Str. 30, 51789 Lindlar-Linde



Frühjahrstagung AbL-Bayern

21.02.2019, 10 - 16 Uhr, 86706 Weichering

Programm:

- Die Situation der Artenvielfalt in unserer Kulturlandschaft – mit welchen Maßnahmen können wir die Biodiversität sichern? Wolfram Gütthler, Ministerialrat und Leiter des Referats Landschaftspflege und Naturschutzförderung im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
- Kritische Betrachtung der neuen Düngeverordnung Prof. Onno Poppinga, Kasseler Institut für ländl. Entwicklung Lucia Egner und Nikolaus Winter mit Praktikerexkurs
- Klimawandel - Klimaschutz und -anpassungsstrategien in der Landwirtschaft Dr. Andrea Beste, Büro für Bodenschutz Dr. med. vet. Anita Idel, Tierärztin und Mediatorin
- Abschlussdiskussion

Ort: Landgasthof Vogelsang, Bahnhofstraße 24, 86706 Weichering
Anmeldungen bitte bis 14.02.2019 an: abl-bayern@web.de



Landesverband Rheinland-Pfalz Saarland

am 24.02.2018 in 56766 Ulmen

Bitte vormerken, weitere Informationen folgen!



Regio Oberrhein und Vorbergzone von Basel bis Offenburg

Bäuerinnen und Bauern-Stammtisch

Erstes Treffen am 11.01.2019 um 19.30 Uhr in der Bioservice Südbaden gGmbH, Bruckmatten 27, Eichstetten (Gelände Rinklin)
Kontakt: Wolfgang Hees, Tel.: 017639872928

DIE GRÜNE BUNDESTAGSFRAKTION LÄDT EIN:

EUROPA À LA CARTE!
WAS ESSEN WIR MORGEN?

Konferenz

19. Januar 2019
Deutscher Bundestag

gruene-bundestag.de/alacarte
#igw19

UNS GEHT'S UMS GANZE



www.gruene-bundestag.de



Tag der Landwirtschaft Mitteldeutschland

27. 01. 2019, 9.00 Uhr, Holzdorf/Weimar

Bäuerliche Kulturlandschaften - früher-heute-morgen

Ort: Landgut Holzdorf, Otto-Krebs-Weg 5, 99428 Holzdorf/Weimar
Anmeldung: zwecks Essensplanung bitte bis zum 05.01.2019 an: mitteldeutschland@abl-ev.de oder 036254/78024.

WIR HABEN ES SATT!

DEMO 19.1

12 UHR BRANDENBURGER TOR | BERLIN 2019

DER AGRARINDUSTRIE DEN HAHN ABDREHEN!

Unterstützen Sie durch eine Diesel-Spende die Bäuerinnen und Bauern, die mit ihrem Trecker auf die Demo fahren - Gerne nehmen wir Sie als Gegenleistung in unsere Liste der Treckerpaten auf unserer Homepage auf!

Eine Mail an Phillip Brändle
braendle@wir-haben-es-satt.de genügt.

Spendenkonto:
DNR Umwelt und Entwicklung
Verwendungszweck: TreckerpatIn2019
IBAN: DE95 3705 0198 0026 0051 81
BIC: COLSDE33XXX



**WERDE
TRECKER
PAT*IN!**

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE/TRECKER

Impressum

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Sinay Gandenberger: 02381-492210
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Abowerwaltung: Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzhausen, junge-abl@abl-ev.de
 Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzhausen, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Biensstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de

Saatgut: Vielfalt in Bauernhand, Projekt der AbL-NRW
Svenja Holst, Tel: 02381/9053170, holst@abl-ev.de

AbL Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 109,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 144,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 54,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 79,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:
 30,-€ 50,-€ 70,-€

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Nachname, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

AbL Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Geschäftsführung:
Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Geschäftsstelle: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393; info@abl-niedersachsen.de
Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;
 Franz Joachim Biensstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkaamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Geschäftsstelle: Friederike Seebach, Mobil: 0160/99543305, hessen@abl-ev.de
 Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, hessen@abl-ev.de
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
 Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Gertraud Angerpointner, Tel.: 08656 393, fuermannalm@web.de; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de
Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Georg Planthaler, fuermannalm@web.de; Tel. 08656/393
 Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782, margaretestoiber@t-online.de;
Allgäu: Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; ablallgaeu@gmx.de,
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de,
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de,
Erding-Ebersberg: Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi_reindl@gmx.de;
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de,

Thüringen

Thüringen: Reiko Wöllert (Landesgeschäftsführer), Auf der Burg 11, 99869 Haina, Tel: 036254/78024, mitteldeutschland@abl-ev.de; Michael Grolm, Tel.: 0361 – 21847159, Linderbacherstraße 12- u. 14, 99098 Erfurt-Bußleben, m.grolm@gmx.de

Sachsen-Anhalt

Claudia Gerster, Dietrichsroda 16, 06632 Balgstädt, Tel: 034465/21005, sachsen-anhalt@abl-ev.de

Sachsen

Danilo Braun, Hauptstraße 146, 09600 Oberschöna, Tel: 01577/3987764, Email: landbau.braun@gmx.de; Stephan Kaiser, Talstr. 2b, 01723 Helbigsdorf, Tel: 035209/18477, Email: kontakt@beerenbunt.de

Ich zahle: Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet. Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.abl-ev.de/datenschutz

Datum: _____ Unterschrift: _____

Familienausflug 2.0

Was waren das doch für zwei schwierige Jahre zuletzt. Im Jahr 2017 musste alles, was man nach Mitte Juni noch ernten wollte, in kurzen Regenzausen von meist nicht mehr als drei Tagen von der Koppel geklaut werden, und den zweiten Schnitt 2017 im Depenauer Moor habe ich im Mai 2018 gemacht, zusammen mit dem ersten Schnitt. War ein bemerkenswerter Aufwuchs, sowohl was die Zusammensetzung als auch was den Ertrag anging. Und ist längst verfüttert, denn dieselbe Weide im Moor, von der ich am 6. Oktober 2017 meine Jungtiere wegholen musste, weil sie nach hundert Millimeter Regen bis zum Bauch im Wasser standen, musste ich Ende Juni 2018 schon wieder räumen, weil nach der Trockenheit des Frühjahrs und des Sommers der Graben trocken war. Zum ersten Mal. Denn daran konnten sich weder die jungen noch die mittelalten noch die ganz alten Bauern erinnern. Ende Juni war es soweit: Die Weidepumpe fiel trocken, die Viecher hatten Durst und ich hatte keinen Wasserwagen. Also holte ich die Tiere erstmal heim, hielt sie am Stall mit Auslauf und fütterte die Rundballen-Mischung aus zweitem Schnitt 2017 und erstem Schnitt 2018, zum selben Zeitpunkt gemäht. Sie waren nicht begeistert. Aber sie haben es gefressen, unter mildem Protest.

Und es blieb trocken. Meine Milchkühe haben am Hof etwa zwanzig Hektar Weideland zur Verfügung, so dass sie im Normaljahr von Anfang Mai bis Anfang Oktober Tag und Nacht draußen sind, und ich hol sie nur zum Melken rein, einmal morgens, einmal abends. Aber spätestens Anfang Juli war da nix mehr, kein Grün, nur eine braun verdorrte Restnarbe. Die Kühe konnten immer raus, aber sie blieben drin und mussten zugefüttert werden, mit erstem Schnitt, was anderes hatte ich nicht, nachdem ich im

letzten Jahr so wenig geerntet hatte, weil es so nass gewesen war. Und der erste Schnitt, der mich total euphorisiert hatte, weil die Menge so groß war und die Qualität so gut, schmolz schon nach wenigen Wochen dahin wie ein Schneemann im Sommer.

Bang blickte ich jeden Tag in den Himmel und mehrmals täglich in den Wetterbericht, aber kein Regen, nirgends. Selbst das Baden in den Seen am Abend, nach getaner Arbeit, fing an, öde zu werden. In den Fachzeitschriften schrieben sie, die Narben seien nun kaputt, man müsse neu ansäen. Ich glaubte es nicht. Und dann, am Abend des 9. August, der erste nennenswerte Regen nach Monaten. Kein Platzregen, nein, ein Landregen, sachte und zärtlich, über Stunden, so, wie wir Bauern ihn mögen. Vor Freude riss ich mir die Klamotten vom Leib und stellte mich nackt in den Garten. Wie schön so ein einfacher Regen sein kann Am näch-

sten Morgen trat ich vor die Diele und ließ den Blick über den Berg hinter unserem Hof schweifen. Naja, wir sagen Berg, in anderen Bundesländern würde man nicht einmal Hügel dazu sagen. Ich guckte und sah, dann schloss ich kurz die Augen und guckte noch einmal. Ich bildete es mir nicht ein; der zartgrüne Schimmer über dem Braun der Grasnarbe war tatsächlich da. Das Gras wuchs wieder, es hatte nur auf Wasser gewartet. Es sollte noch vier Tage dauern, bis wieder alle Kühe die ganze Nacht draußen blieben und Gras fraßen, frisches, grünes Gras. Zwischenzeitlich war auf der agrarpolitischen Ebene einiges los gewesen. Rukwied hatte pauschal eine Milliarde Euro Dürrehilfe für die Landwirtschaft gefordert, womit er, wie ich finde, der Landwirtschaft mehr geschadet hat als die beiden letzten beschissenen Jahre zusammen. Weil er das Vorurteil bestätigte, dass Bauern ohnehin immer rum-

quaken und Forderungen stellen und jammern. Trotzdem gab es in Politik und Verwaltung eine große Bereitschaft zur pragmatischen Hilfe in dieser schwierigen Situation. Bei Futterknappheit auf Ökobetrieben sollten auf Antrag bestimmte konventionelle Futtermittel zugelassen werden. Die Politik, die Agrarverwaltung, die Anbauverbände waren dafür, aber dann brachen einzelne Molkereien aus und verkündeten, ihre Lieferanten müssten zu hundert Prozent Bio füttern, sonst würde die Milch konventionell verarbeitet und bezahlt. Ein beispielloser Akt der Profilierung am Markt auf Kosten der eigenen Bauern. Ich konnte es gar nicht glauben. Wir Bauern der Hamfelder Hof Bauernmeierei hatten zwei Krisensitzungen zum Thema Dürre und Futterknappheit. Beim ersten Treffen beschlossen wir, gemeinsam Bio-Grundfutter einzukaufen, um eine Hundert-Prozent-Bio-Fütterung zu gewährleisten. Der Bedarf wurde ermittelt; drei Mitarbeiter der Meierei machten wochenlang nichts anderes, als für die Bauerngemeinschaft Futter einzukaufen. Die Meierei hat erstmal bezahlt, und den Bauern wurde ein Darlehen eingeräumt, das nun übers Milchgeld abgetragen wird. Das nenne ich mal bäuerliche Selbsthilfe. Was habe ich mich gefreut, zu dieser Gemeinschaft dazuzugehören.

Wie dem auch sei: Zwei schwierige Jahre liegen hinter uns. Und schon wieder ist es Januar und wir fahren nach Berlin, um für unsere Art der Landwirtschaft zu demonstrieren. In diesem Jahr machen wir eine Art Familienausflug daraus. Nora kommt per Zug aus Fulda und unsere älteste Tochter Marie fährt zum ersten Mal einen Trecker nach Berlin. Ich fahr den zweiten. Und wir werden nicht allein sein. Wir sind viele. Und hoffentlich werden wir immer mehr!

Matthias Stührwoldt
Milchbauer aus dem Norden



unabhängige Bauernstimme: sorgt für Bewegung

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.bauernstimme.de/datenschutz